

BiB

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

beim Statistischen Bundesamt



Jürgen Dorbritz, Andrea Lengerer, Kerstin Ruckdeschel

Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken



Ergebnisse der
Population Policy Acceptance Study
in Deutschland

Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken

Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study in Deutschland

Kontakt:

Postanschrift: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
Postfach 5528
65180 Wiesbaden

Besucher: Friedrich-Ebert-Allee 4
65185 Wiesbaden

Telefon: 0611 752235

Telefax: 0611 753960

E-Mail: bib@destatis.de

Homepage: www.bib-demographie.de

Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung

Sonderheft

1. Auflage



Jürgen Dorbritz, Andrea Lengerer, Kerstin Ruckdeschel

Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken

Ergebnisse der
Population Policy Acceptance Study
in Deutschland

Deutsche Bibliothek - CIP Einheitsaufnahme

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

**Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten
Politiken**

Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study in Deutschland

Sonderheft der Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	6
1. Sorgen über den demographischen Wandel - Hauptergebnisse	8
2. Das Wissen über die demographischen Trends	12
3. Wie werden die aktuellen demographischen Trends bewertet?	15
4. Altern: Gesellschaftliche Tatsache und individuelles Schicksal	19
5. Die Solidarität zwischen den Generationen	23
6. Wonach streben wir? - Wertorientierungen	27
7. Einstellungen zu Ehe, Familie und anderen Lebensformen	31
8. Eine Familie gründen oder kinderlos bleiben?	35
9. Erwartungen an die Familienpolitik	40
10. Das Vereinbaren von Familie und Beruf	44
11. Geschlechterrollen	47
12. Ausländische Bevölkerung, Migration, Integration	51
13. Demographischer Wandel: Wo wird die Regierung in der Verantwortung gesehen?	56
14. Konzept und Methodik der deutschen Population Policy Acceptance Study	59



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) möchte Sie ganz aktuell über die demographischen Trends und Einstellungen der Bevölkerung zum demographischen Wandel und zu bevölkerungsrelevanten Politiken in Deutschland informieren. Wir präsentieren Ihnen hiermit die deutschen Ergebnisse einer internationalen Befragung, die in der ersten Hälfte des Jahres 2003 erhoben wurde. Das Projekt trägt den offiziellen Titel *DIALOG - Population Policy Acceptance Study. The Viewpoint of Citizens and Policy Actors Regarding the Management of Population Related Change*, PPAS abgekürzt. Das Projekt ist von der EU gefördert (Contract No. HPSE-CT-2002-00153). Befragt haben wir jeweils ca. 2000 Frauen und Männer in West- und Ostdeutschland. Präsentieren werden wir in dieser Broschüre in erster Linie die Ergebnisse für Deutschland insgesamt. Lediglich dort, wo sich gravierende Unterschiede in den Meinungen und Einstellungen der West- und Ostdeutschen zeigen, weisen wir auch darauf hin. Differenzierte Ergebnisse bleiben späteren Analysen vorbehalten.

Das vorliegende Heft wendet sich an Politiker, die Presse und die interessierte Öffentlichkeit. Wir möchten uns mit dieser Publikation erster Ergebnisse in die Diskussion um den demographischen Wandel und die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme einbringen. Politik und Gesellschaft sehen sich dadurch vor große Herausforderungen gestellt. Der Austausch zwischen den Generationen muss neu verhandelt werden, damit Solidarität und Generationengerechtigkeit erhalten bleiben.

Niedrige Geburtenhäufigkeit und steigende Lebenserwartung haben das Altern der Bevölkerung, eine langfristig verlaufende Strukturverschiebung im Altersaufbau zu Ungunsten der jüngeren Bevölkerungsanteile, ausgelöst. Die Alterung der Bevölkerung zwingt zum Umbau der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Mit der Diskussion um die sozia-

len Konsequenzen des Alterungsprozesses ist auch die demographische Situation in Deutschland in das Interesse der Öffentlichkeit gerückt. Das langfristig niedrige Geburtenniveau und die steigende Kinderlosigkeit haben den Ruf nach besseren Möglichkeiten des Vereinbarens von Familie und Erwerbstätigkeit laut werden lassen. Kritisch gesehen wird in der Öffentlichkeit inzwischen die soziale Besonderstellung Kinderloser. Vor dem Hintergrund der Alterung und dem zu erwartenden Bevölkerungsrückgang wird über Zuwanderung und die Integration der Zuwanderer debattiert.

Der demographische Wandel führt seit einigen Jahren zu politischen Reaktionen. Erwähnt sei z.B. die Greencard-Aktion der Bundesregierung, die Einführung der Ruster-Rente und damit die Ausgestaltung der Altersvorsorge oder das Inkrafttreten des Nachhaltigkeitsgesetzes in der Rentenversicherung, wodurch dem demographischen Wandel Rechnung getragen wird. Das neue Zuwanderungsgesetz tritt am 1. Januar 2005 in Kraft. All diese Ereignisse signalisieren: Politik und Gesellschaft beginnen sich auf den demographischen Wandel einzustellen.

Genau an diesem Punkt setzt das Forschungsprojekt DIALOG - PPAS an. Um Handlungsfelder der Politik zu identifizieren und Lösungen zu finden, sollten auch die unmittelbar Beteiligten, die Menschen in Deutschland, gehört werden, die die Konsequenzen des demographischen Wandels tragen, die Träger der demographischen Verhaltensmuster und Adressaten der Politik sind.

DIALOG - PPAS ist ein Instrument zur Erhebung von Einstellungen und Meinungen zu demographischen Entwicklungen und darauf bezogenen Politiken. Es wurde inzwischen in der zweiten Runde erhoben. Die Ergebnisse der ersten Befragung stammen in Deutschland aus dem Jahr 1992. Im Projekt DIALOG - PPAS geht es um die Frage, wie der demographische Wandel in der Bevölkerung wahrgenommen und be-



wertet wird und auf welche Zustimmung politische Maßnahmen stoßen, die direkt oder indirekt Einfluss auf demographische Größen nehmen.

Aufgrund dieses Konzepts können die PPAS-Ergebnisse Basis eines Diskurses zwischen Politik, Bevölkerung und Wissenschaft sein. Sehen Sie nun, wie die Befragten über Altern der Bevölkerung und ältere Menschen, über Familienpolitik, Generationen- und Geschlechterbeziehungen, über Zuwanderung, Ausländer und Integration oder über den Wandel der partnerschaftlichen Lebensformen und der Institution Ehe denkt.

Bei der Darstellung der Ergebnisse sind die Autoren folgendermaßen vorgegangen: Einleitend werden Ihnen kompakt die Ergebnisse der PPAS präsentiert und danach wird auf die Themengebiete hinweisen, in denen die Bevölkerung einen politischen Handlungsbedarf sieht.

In den folgenden Abschnitten werden dann die demographischen Trends und die Einstellungen der Bevölkerung miteinander verknüpft und genauer beschreiben. Ein Themengebiet beginnt immer mit der Darstellung der demographischen Trends. Den Abbildungen sind jeweils kurze Texte zugeordnet, die auf das Wesentliche hinweisen.

Auf den nachfolgenden Seiten finden Sie dann die Ergebnisse der Befragung zu den verschiedenen demographischen Themen aufbereitet. In einem Textblock fassen wir eingangs das Wichtigste zusammen. Dann sind die aufgefundenen Sachverhalte detailliert dargestellt. In einfachen Tabellen sind die aufgefundenen

Antwortverteilungen ersichtlich. Das werden wir jeweils für die Themenbereiche „demographisches Wissen“, „Bewertung der demographischen Trends“, „Alterung“, „Generationensolidarität“, „Wertorientierungen“, „Ehe, Familie und Kinder“, „Erwartungen an die Familienpolitik“, „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, „Geschlechterrollen“ und „Generationenbeziehungen“ sowie „Ausländische Bevölkerung“ und „Bedeutung der Regierung im demographischen Wandel“ tun.

Diese Ergebnisse werden in der vorliegenden Broschüre erstmalig publiziert. Ziel ist die schnelle Information der interessierten Öffentlichkeit und der politischen Entscheidungsträger. Differenzierte Analysen und Beschreibungen oder die Beantwortung spezieller und komplexer Fragestellungen ist nachfolgenden Veröffentlichungen vorbehalten.

Abschließend stellen wir dann die PPAS, ihren internationalen Kontext und unser weiteres Forschungskonzept ausführlicher vor. Wenn Sie weitere Informationen benötigen, finden Sie auf der Homepage des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung über den Button PPA eine ausschließlich dem internationalen PPAS-Projekt gewidmete Homepage.

Nicht zuletzt möchte ich Jürgen Dorbritz, Andrea Lengerer und Kerstin Ruckdeschel für die Idee, die Layoutgestaltung und das Schreiben dieser Broschüre danken.

Dr. Charlotte Höhn
Direktorin und Professorin



1. Sorgen über den demographischen Wandel - Hauptergebnisse

Der Survey DIALOG - Population Policy Acceptance Study wurde in der ersten Hälfte des Jahres 2003 in einer Zeit erhoben, in der demographisch relevante Themen wie die Diskussion um das Zuwanderungsgesetz, die Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme durch das Altern der Bevölkerung oder die an den Sicherungssystemen partizipierenden Kinderlosen massiv der Öffentlichkeit bewusst wurden. Unsere Ergebnisse sind ganz sicher davon nicht unberührt geblieben.

Sie zeigen, dass die Menschen in Deutschland, wenn auch recht unterschiedlich, über die verschiedenen Aspekte des demographischen Wandels informiert sind, sie verdeutlichen aber auch, dass der demographische Wandel Sorgen bereitet. Deutschland ist definitiv nicht ausländerfeindlich eingestellt, dennoch wird Zuwanderung nicht als problemlos gesehen, werden der Rückgang der jüngeren Bevölkerung, die steigende Scheidungshäufigkeit oder die zunehmende freiwillige Kinderlosigkeit mit Skepsis betrachtet.

Es ist die Bedrohung der sozialen Sicherungssysteme, die auch vom demographischen Wandel ausgeht, nicht der demographische Wandel selbst, der den Menschen Sorgen bereitet. Es wird das demographische Altern kritisch gesehen, nicht aber die Präsenz älterer Menschen in der Gesellschaft. Über die Einstellungen zu Älteren, die Dank ihrer Erfahrungen für Tradition und Kontinuität stehen, können wir ein positives Bild zeichnen.

Wir haben festgestellt, dass sich der Kinderwunsch in Deutschland verändert hat und gewünschte Kinderlosigkeit zu einem Teil des Kinderwunsches geworden ist. Nicht, dass Partnerschaft und Familie nicht mehr wichtig wären. Nur die allgemeine Wertschätzung von Familie setzt sich nicht mehr uneingeschränkt in Familiengründung um. Familie scheint in unserer Gesellschaft so etwas wie ein abstrakter Wert geworden zu sein, den man mag und schätzt, dem man aber in seinem Verhalten nicht mehr unbedingt folgt. Es werden nur noch wenig mehr Kinder gewünscht als man tatsächlich hat. Die Kinderwünsche werden inzwischen auf einem sehr niedrigen Niveau fast vollständig erfüllt. Natür-

lich ist Familie ganz allgemein noch sehr erwünscht. Bezieht man diesen Wunsch dann ganz konkret auf eine bestimmte Kinderzahl, dann rücken die Probleme in das Blickfeld und der Kinderwunsch wird erheblich reduziert.

Und noch ein weiteres Ergebnis soll herausgestellt werden. Die Unterschiede in den Einstellungen und Meinungen der West- und Ostdeutschen sind erhalten geblieben. Weiterhin gilt, vereint leben aber unterschiedlich denken. Ostdeutsche sehen Ausländer und Zuwanderung viel stärker als Bedrohung an, als dies in Westdeutschland der Fall ist. In den Einstellungen der Ostdeutschen ist das Vereinbaren von Familie und Erwerbstätigkeit, obwohl dieser Trend auch für die alten Bundesländer erkennbar ist, viel stärker präsent. Im Westen ist dagegen häufiger eine Orientierung auf das Verwirklichen eigener Interessen sichtbar. Ähnlich deutliche Unterschiede haben wir auch bei den Geschlechterrollen festgestellt, die im Westen viel traditioneller als im Osten gesehen werden. Einig ist man sich noch am ehesten bei den Einstellungen zu Ehe und Familie.

Festgestellt haben wir auch, dass die Befragten sehr klare Erwartungen an die Politik haben. Wenn es um die Familienpolitik geht, dann wird vor allem eine Verbesserung der Bedingungen des Vereinbarens von Familie und Erwerbstätigkeit gewünscht. Hinsichtlich der Rentsicherheit wird eine stärkere Koppelung von Rente und Kinderzahl und die Abschaffung von Frühverrentungsprogrammen als der gangbarste Weg gesehen. Der Regierung wird Verantwortung vor allem in den Bereichen Gesundheit und Jugendarbeitslosigkeit zugesprochen.

Im Einzelnen wurden folgende Meinungen und Einstellungen zum demographischen Wandel aufgefunden:

• Demographisches Wissen

Demographische Trends, die häufig Gegenstand der Berichterstattung in den Medien sind, werden in ihrer Größenordnung deutlich überschätzt. Das betrifft insbesondere die Themen „demographisches Altern“ und „ausländische Bevölkerung“. Dagegen wird die Zahl der Zuwanderer erheblich unterschätzt. Relativ gut lie-



gen die Befragten mit ihren Annahmen zur Lebenserwartung. Dabei ist die tatsächliche Lebenserwartung etwas höher, als dies in der Bevölkerung angenommen wird.

• Bewertung der demographischen Trends

Der Verlauf einiger demographischer Trends gibt Anlass zur Sorge. Die überwiegende Mehrheit der Bundesbürger hat eine dezidiert negative Meinung zum Rückgang der Kinder- und Jugendlichenanteils an der Bevölkerung. Die Menschen in den neuen Bundesländern sehen dieser Entwicklung mit noch größerer Sorge entgegen.

Der Wandel im Bereich der partnerschaftlichen Lebensformen, insbesondere das sich verändernde Bild der Familie wird sehr differenziert beurteilt. Als überwiegend negativ wahrgenommen werden der Rückgang der Geburtenzahlen, die wachsende Scheidungshäufigkeit, die steigende Zahl der Alleinerziehenden und die Zunahme der freiwilligen Kinderlosigkeit. Weitgehend gelassen werden die gewachsene Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften und die Zunahme nichtehelicher Geburten gesehen. Trends, die Partnerschaft und Familie gefährden, werden als negativ empfunden, während Familie außerhalb der traditionellen Form auf Akzeptanz stößt.

• Altern der Bevölkerung

Das Altern der Bevölkerung ist der Themenbereich, der unseren Befragten die meisten Probleme bereitet hat. Das betrifft in erster Linie die Strukturverschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung zu Ungunsten der Jüngeren.

Persönlich wünscht man sich aber dennoch ein sehr langes Leben. Mehr als die Hälfte der Befragten würden gern 85 Jahre oder auch älter werden. Auch wird die Rolle der Älteren in der Gesellschaft kaum negativ gesehen, vielmehr herrscht die Einstellung vor, dass man vom Wissen und der Erfahrung der Älteren lernen kann und sie für die Aufrechterhaltung traditioneller Werte stehen.

Alterung und die daraus resultierende Gefährdung des Rentensystems sind als Problem erkannt worden. Eindeutige Meinungen, wie dem Problem begegnet werden kann, bestehen ebenfalls. Dabei ist die Abschaffung der Früh-

verrentungsprogramme der eindeutige Favorit unter den Maßnahmen. Akzeptiert wird auch die engere Koppelung von Rentenhöhe und Kinderzahl und die Anhebung des Rentenalters. Nicht übersehen werden sollte allerdings, dass es in der Bevölkerung einen beachtlichen Teil gibt, der eine Umgestaltung des Systems der Rentenfinanzierung nicht akzeptiert.

• Generationensolidarität

Das Thema Generationensolidarität wurde unter dem Gesichtspunkt der Pflege und Betreuung älterer Menschen behandelt. Gewünscht wird in diesem Kontext ein Mix aus öffentlicher und privater Pflege. Die Gesellschaft wird in der Pflicht gesehen, wenn es um die Bereitstellung angemessener Institutionen und Dienste für die Pflege geht. Die Pflege selbst wird allerdings in erster Linie von den Kindern erwartet. Das ist nicht nur der Wunsch der Älteren; auch die Jüngeren befürworten dieses Modell und fühlen sich zur Pflege alter Eltern verpflichtet. In den Einstellungen der Bevölkerung ist also noch immer ein hohes Maß an Generationensolidarität präsent. Private Pflege durch Partner oder Kinder ist erwünscht und diese Pflege sollte so lange wie möglich zu Hause stattfinden.

• Grundlegende Wertorientierungen

Ganz allgemein gesehen sind die Deutschen noch immer familienfreundlich eingestellt, wollen in Partnerschaft leben, Kinder haben und den Kindern einen guten Start ins Leben ermöglichen.

Bei den festgestellten Wertorientierungen der Deutschen lassen sich vier grundlegende Dimensionen unterscheiden: **Erstens** Partnerschaft und Kinder, **zweitens** Selbstverwirklichung und Freizeit, **drittens** Gleichstellung der Geschlechter und **viertens** Einkommen und Wohlstand. Diese Orientierungen können nach Ansicht der Befragten nicht mit der gleichen Kinderzahl verwirklicht werden. Strebt man nach Selbstverwirklichung, beruflicher Karriere oder sollen Frau und Mann gleichermaßen erwerbstätig sein, dann sollte man nach Auffassung der Mehrheit der Befragten möglichst keine Kinder haben. Nur ein Kind wird in aller Regel als möglich angesehen, wenn man über genügend Geld verfügen und regelmäßig Urlaub machen will. Seine Interessen verwirklichen, Zeit für Freunde



haben, eine harmonische Partnerschaft führen oder den Kindern genügend Aufmerksamkeit geben, sind Werte, die man, so die Befragten, auch mit mehreren Kindern verwirklichen kann.

- **Die Akzeptanz von Ehe, Familie und anderen Lebensformen**

Ehe und Familie haben, was bereits in einer Vielzahl von Untersuchungen festgestellt wurde und sich auch in unserer Untersuchung immer wieder zeigt, kaum einen Bedeutungsverlust erlitten. Die Ehe wird nicht als überholte Einrichtung eingestuft. Gleichzeitig haben wir aber eine hohe Toleranz gegenüber den sogenannten „neuen“ Lebensformen festgestellt. Unverheiratetes Zusammenleben ist mittlerweile vollständig akzeptiert, Kinder werden nicht mehr unbedingt als Heiratsgrund angesehen (obwohl zumindest in Westdeutschland noch eine enge Verbindung von Ehe und Kinderhaben besteht) und etwa die Hälfte der Bevölkerung glaubt, dass ein Elternteil einem Kind eine genau so gute Erziehung geben kann wie eine vollständige Familie. Auch hier decken sich die von uns aufgefundenen Einstellungen nicht mit dem beobachteten Verhalten. Die Lebensform „Alleinerziehend“ wird nicht auf Dauer angelegt, sondern ist eher ein Durchgangsstadium zu einer neuen Partnerschaft. Familie hat also noch immer eine hohe Bedeutung, muss aber nach den Vorstellungen der Befragten nicht mehr unbedingt und schon gar nicht mehr in der traditionellen Form gelebt werden. Verheiratete werden nicht als glücklicher angesehen als Unverheiratete und es wird auch nicht mehr geglaubt, dass eine schlechte Ehe besser ist als gar keine.

- **Der Wunsch nach Kindern und die Hinderungsgründe der Umsetzung**

Es ist als positiv zu werten, dass 80 % der Befragten im Alter zwischen 20 und 45 Jahren Kinder haben oder sich noch Kinder wünschen. Nach wie vor möchte die Mehrheit der Bevölkerung zwei oder mehr Kinder haben. Die Zahlen zeigen aber auch und das haben wir in diesem Ausmaß nicht erwartet, dass der Kinderwunsch in Deutschland inzwischen niedriger ist als bei früheren Untersuchungen. Nach den Berechnungen auf der Grundlage der neuen Daten der PPAS werden im Durchschnitt nur noch 1,7 Kinder gewünscht. Dieses Ergebnis wird durch andere Befragungen jüngerer Zeit, wie z.B. dem

Eurobarometer, gestützt, in dem sogar noch niedrigere Kinderwünsche ermittelt wurden. Das ist eine neue Situation, mit der Deutschland zu einem Ausnahmeland in Europa geworden ist. Es ist eindeutig festzustellen: Die Familien in Deutschland haben so viele bzw. wenige Kinder, wie sie sich wünschen. Und die häufig besprochene Spanne zwischen tatsächlicher Kinderzahl und Kinderwunsch, auf der viele familienpolitische Hoffnungen ruhten, deren geburtenförderndes Potential aber schon immer angezweifelt wurde, gibt es nicht mehr.

Das besondere Ergebnis der vorliegenden Befragung besteht in der Erkenntnis, dass die Zahlen zum Kinderwunsch zunehmend durch gewollte Kinderlosigkeit geprägt wird. 20 % der Befragten in der relevanten Altersgruppe haben freimütig in unserer Umfrage bekannt, keine Kinder zu wollen. Und von den 20- bis 39-Jährigen, die noch keine Kinder hatten, wollten immerhin 36 % auch keine Kinder mehr haben. Bislang sind hier die Einstellungen der Frauen beschrieben worden. Männer wünschen sich noch weniger Kinder und würden gern häufiger kinderlos bleiben. Hiermit haben wir eines der wichtigen Ergebnisse unserer Studie vorgestellt: In Deutschland hat sich das Ideal der freiwilligen Kinderlosigkeit ausgebreitet.

Die Gründe, wegen denen der Kinderwunsch nicht vollständig erfüllt wird, sind vielfältig. Der am häufigsten genannte Grund (ich habe keinen geeigneten Partner) hängt mit einem Aspekt der demographischen Lage in Deutschland zusammen - der späten Familiengründung. Über die Hälfte der Kinder werden inzwischen nach dem 30. Lebensjahr der Mutter geboren. Das biologische Fenster ist in diesem Alter nicht mehr allzu lange geöffnet. Wird dann kein geeigneter Partner für die Familiengründung gefunden, bleiben Kinderwünsche unerfüllt. Weitere Hinderungsgründe sind Sorgen über die Zukunft, die die Kinder erwartet und die Befürchtung, dass sich der Lebensstandard verschlechtern könnte.

- **Erwartungen an die Familienpolitik**

Ein wichtiges Anliegen der Befragten ist das Vereinbaren von Familie und Erwerbstätigkeit. Vor dem Hintergrund einer generell hohen Erwartung an die Familienpolitik werden von den genannten Maßnahmen diejenigen am häufigsten



gefordert, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Dazu zählen die Flexibilisierung der Arbeitszeiten, der Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten, das Erleichtern von Teilzeitarbeit. Der Vergleich zu früheren Untersuchungen zeigt, dass in Westdeutschland - in Ostdeutschland besteht diese Situation schon lange - ein Umdenken in Richtung auf das Vereinbaren von Familie und Erwerbstätigkeit stattgefunden hat. Ein Aspekt dieses Umdenkens ist, dass Frauen, die ihre Kinder in Betreuungseinrichtungen geben, nicht mehr nur als „Rabenmütter“ angesehen werden, obwohl mehrheitlich in Westdeutschland gedacht wird, dass Kinder unter der Erwerbstätigkeit ihrer Mütter leiden.

Ob von solchen möglichen Maßnahmen geburtensteigernde Effekte ausgehen können, ist nur schwer einzuschätzen. Nach den Angaben der Befragten erleichtern sie eher die Erfüllung des bestehenden Kinderwunsches, als dass sie zu einem Anstieg des Kinderwunsches oder zu mehr Geburten führen.

• Das Vereinbaren von Familie und Beruf

Wie die Darstellung über die Erwartungen an die Familienpolitik gezeigt haben, wollen Frauen die Lebensbereiche Familie und Erwerbstätigkeit vereinbaren. Sie wollen dies aber nicht vorrangig in Form einer Vollzeiterwerbstätigkeit tun, sondern auf der Basis einer Teilzeitbeschäftigung. Könnten Frauen ihre Lebensform frei wählen, würden sie gerne in Teilzeit arbeiten und zwei Kinder haben. Unterschiede bezüglich des Vereinbarkeitsideals haben wir zwischen den ost- und den westdeutschen Frauen gefunden. In den neuen Bundesländern sind Frauen viel stärker auf Vollzeiterwerbstätigkeit und Kinder haben orientiert. In den Einstellungen westdeutscher Frauen ist dagegen noch häufiger die familienpolitische Istsituation verankert: keine Erwerbstätigkeit, solange die Kinder klein sind.

• Geschlechterrollen

Dem Wandel in den Rollen der Geschlechter, der sich in der Vergangenheit vollzogen hat, stehen die Menschen in Deutschland weitgehend positiv gegenüber. Die Zeiten, wo die Devise „Frauen an den Herd“ das Meinungsbild beherrschte, gehören wohl endgültig der Vergangenheit an. Es wird begrüßt, dass Frauen erwerbstätig sein können und nicht mehr aus-

schließlich auf die Rolle der Hausfrau und Mutter festgelegt sind. Elemente traditionellen Denkens sind aber noch immer erkennbar. Vor allem sind es die Westdeutschen, die in dieser Hinsicht viel konservativer denken. An Frauen werden auch heute noch andere Erwartungen als an Männer gerichtet. Frauenerwerbstätigkeit wird befürwortet, aber im Zweifelsfall sollten sie den Beruf der Familie unterordnen. Kindererziehung wird noch immer den Frauen zugewiesen und ein Großteil denkt, die Familie leidet unter der Erwerbstätigkeit der Frau. Aber auch den Männern werden neue Rollen zugeordnet. So werden sie nicht mehr als alleinige Versorger der Familie gesehen und es wird erwartet, dass sie einen Beitrag zur Hausarbeit leisten.

• Ausländer, Migration, Integration

Die Meinungen zum Thema Ausländer, Migration und Integration bieten ein äußerst heterogenes Bild. Die wichtigste Feststellung ist wohl: Die Deutschen sind nicht ausländerfeindlich eingestellt. Ausländerfeindliche Parolen wie „Deutschland gehört den Deutschen“ werden abgelehnt. Aus der kulturellen Sicht wird die Anwesenheit von Ausländern sogar als ein Vorteil gesehen. Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse der Befragung aber auch, dass die Bürger in einigen Bereichen Probleme beim Zusammenleben mit Ausländern sehen. Dies erfolgt z.B. im Zusammenhang mit Kriminalität und Terrorismus und es wird nicht unterstützt, dass Ausländer politische Verantwortung in Deutschland übernehmen. Sehr kritisch wird von den Befragten das Thema illegale Einwanderung (Ausweisung von illegalen Einwanderern, Bestrafung illegaler Beschäftigung) bewertet. Gefordert wird von der ausländischen Bevölkerung in starkem Maße Integration, hier das Lernen der Sprache, der Bräuche und Regeln. Die Befragten sprechen sich für die Förderung von Integration aus, aber auch für das Ausweisen von Integrationsunwilligen. Gleichfalls sehr deutlich ist der Wunsch der Bevölkerung zu erkennen, dass Zuwanderung (Festlegung von Höchstgrenzen) geregelt wird. Es wird die moralische Pflicht anerkannt, Asylsuchende aufzunehmen, aber auch gefordert, Personen auszuweisen, deren Antrag abgelehnt wurde. Auch in diesen Punkten ist auffällig, dass Ostdeutsche eine erheblich skeptischere Sicht auf das Thema als Westdeutsche entwickelt haben.



2. Das Wissen über die demographischen Trends

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass die Menschen in Deutschland die grundlegenden demographischen Entwicklungen kennen (z. B. Bevölkerungszahl, Lebenserwartung). In der Tendenz überschätzt sich die Bevölkerung bei denjenigen demographischen Sachverhalten, die intensiv in den Medien behandelt werden. So wird deutlich die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer und der Anteil der Älteren an der Bevölkerung überschätzt.

In der Zeit, in der die vorliegende Befragung stattgefunden hat (1. Hälfte 2003), aber auch schon davor, wurde in den Medien und in den politischen Debatten häufig auf die demographischen Trends in Deutschland Bezug genommen. Die niedrige Geburtenhäufigkeit ist schon seit längerem in den Medien präsent. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Pflegeversicherung ist die Kinderlosigkeit stärker in das Blickfeld gerückt. Die Diskussionen um die Rentenversicherung haben auf das Altern der Bevölkerung und damit die steigenden Anteile

älterer Menschen aufmerksam gemacht. Nicht zuletzt ist mit den Auseinandersetzungen um das Einwanderungsland Deutschland und das nun verabschiedete Zuwanderungsgesetz das Augenmerk auf die Zuwanderung und den Anteil der ausländischen Bevölkerung in Deutschland gelenkt worden. Demographische Themen waren und sind in den Medien präsent (unten sind dazu einige Beispiele abgebildet). Daher war zu erwarten, dass die Befragten über ein relativ gutes Wissen über die demographische Lage in Deutschland verfügen würde.

Beispiele für Pressemitteilungen zum Thema ‚demographisches Altern‘

DIE WELT 2. Januar 2002

Deutschen fehlt der Nachwuchs

Höhere Lebenserwartung und geringe Kinderzahl bringen das Sozialsystem an den Rand des Zusammenbruchs



Demografischer Wandel und die sozialen Sicherungssysteme

Die Pyramide steht auf dem Kopf

Das Parlament 22. Februar 2002



Frankfurter Rundschau

DIE ZEIT

Altern hat Zukunft

Unsere Gesellschaft kommt in die Jahre, frönt aber dem Jugendkult. Und verpasst eine Chance



Die Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ bereitet arbeitsmarkt- und sozialpolitische Zukunftsaufgaben



Überalterung bedroht Sozialsysteme



Die alternde Gesellschaft



Die Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study

Die Annahme, dass die Medienpräsenz demographischer Themen zu einem genaueren Wissen über die Bevölkerungssituation in Deutschland geführt hat, bestätigt sich nur teilweise. Die Schätzungen der Befragten zur Lebenserwartung der Frauen und Männer und zur Einwohnerzahl sind relativ genau. In der Tendenz wird die Einwohnerzahl leicht über- und die Lebenserwartung leicht unterschätzt (Tab. 1). Im Durchschnitt wurde angegeben, dass in Deutschland 87,74 Millionen Menschen leben. Tatsächlich waren es am 31.12. 2002 82,54 Millionen. Die Differenz zwischen der Bevölkerungszahl und den Angaben unserer Befragten beträgt 6,3 %. Noch treffender waren die Annahmen zur Lebenserwartung Neugeborener. Frauen hatten nach der Sterbetafel 1999/2001 zum Zeitpunkt der Geburt eine durchschnittliche Lebenserwartung von 81,1 Jahren (Schätzung der Befragten: 78,5 Jahre) und Männer von 75,1 Jahren (Schätzung der Befragten:

73,7 Jahre). Die Lebenserwartung der Frauen wird um 3,2 % und die der Männer um 1,9 % unterschätzt.

Neben den Schätzungen zur Lebenserwartung haben wir außerdem noch die Fragen nach der persönlich erwarteten und nach der persönlich gewünschten Lebenserwartung gestellt. Bei der Beantwortung der ersten Frage bestehen erhebliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Frauen erwarten für sich selbst nur 78,6 Jahre alt zu werden. Dieser Wert liegt um 2,5 Jahre unter der im Durchschnitt erreichten tatsächlichen Lebenserwartung. Männer hingegen erwarten, dass sie um 2,6 Jahre älter werden als der in der Sterbetafel ausgewiesene Wert. Dass man sich älter zu werden wünscht, als dies gegenwärtig durchschnittlich zutrifft, liegt auf der Hand und ist ein eher unspektakuläres Ergebnis unserer Studie. Überraschend ist aber, dass die Wünsche nach der Länge des Le-

Tab. 1: Angaben der Befragten zu Aspekten der demographischen Lage und die tatsächliche Situation in Deutschland, 2002/2003

Trend	Angaben der Befragten	Tatsächliche Situation	Abweichungen (in %)
Einwohnerzahl (in Millionen)	87,7	82,5	+ 6,3
Anzahl der Ausländer (in Millionen)	10,0	7,3	+36,4
Zahl der Zuwanderer (in Tausend)	564,4	848,0	- 33,4
Anteil der 65-Jährigen und Älteren (in %)	30,1	17,5	+ 72,2
Durchschnittliche Lebenserwartung der Frauen (in Jahren)	78,5	81,1	- 3,2
Durchschnittliche Lebenserwartung der Männer (in Jahren)	73,7	75,1	- 1,9
Persönlich erwartete Lebenserwartung der Frauen (in Jahren)	78,6	81,1	- 3,3
Persönlich erwartete Lebenserwartung der Männer (in Jahren)	77,7	75,1	+ 2,6
Persönlich gewünschte Lebenserwartung der Frauen (in Jahren)	86,9	81,1	+ 7,2
Persönlich gewünschte Lebenserwartung der Männer (in Jahren)	84,8	75,1	+ 12,9

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, BiB: Population Policy Acceptance Study



bens in einem durchaus als real anzusehenden Bereich bleiben. Frauen wünschen sich im Durchschnitt 86,9 und Männer 84,8 Jahre alt zu werden. Die heute tatsächlich erreichte Lebenserwartung wird in den Wünschen nur um 5,8 Jahre (Frauen) bzw. um 9,7 Jahre (Männer) überschritten.

Deutliche Abweichungen zur tatsächlichen Situation waren bei den Angaben zum Anteil der 65-Jährigen und Älteren, der Anzahl der in Deutschland lebenden Ausländer und der Zahl der Zuwanderer festzustellen. Der Anteil der älteren Menschen (tatsächlich im Jahr 2002: 17,5 %, geschätzt: 30,1 %) und die Zahl der Ausländer (tatsächlich im Jahr 2002: 7,3 Millionen, geschätzt: 10,0 Millionen) wurde deutlich höher angenommen. Wir führen dies auf die starke Medienpräsenz beider Themen, sowohl die Berichterstattungen zur Alterung und Rentensicherheit als auch über das Zuwanderungsgesetz, zurück. Dadurch wird bei den Befragten der Eindruck weitaus größerer Dimensionen hervorgerufen.

Die Anzahl der jährlichen Zuwanderer nach Deutschland ist zu einem Drittel unterschätzt worden (**Tab 1**). Im Durchschnitt der Jahre 1988 bis 2002 wanderten jährlich 848 Tausend Menschen ein. Die Befragten haben dagegen angenommen, dass diese Zahl 564 Tausend beträgt, was eher der jährlichen Zahl der Zuzüge seit Mitte der 90er Jahre nach Deutschland entspricht. Dahinter steht also die richtige Vorstellung, dass die Bevölkerung in Deutschland und die Anzahl der ausländischen Bevölkerung aufgrund von Zuwanderung ansteigt. Nicht das öffentliche Bewusstsein hat dagegen erreicht, dass die hohe Zuwanderungshäufigkeit von einer hohen Abwanderungshäufigkeit begleitet ist. Beispielsweise stehen 2002 hinter dem Zuwanderungsüberschuss

von 219 Tausend Personen Zuzüge von 843 Tausend und Fortzüge von 623 Tausend Personen.

Die steigende Zahl der ausländischen Bevölkerung ist von den Befragten überwiegend wahrgenommen worden. Ca. zwei Drittel haben der Aussage zugestimmt, dass in den letzten Jahren die Zahl der Ausländer angewachsen ist. Etwa 25 % antworteten mit „gleichgeblieben“ und nur wenige waren der Auffassung, dass ein Rückgang stattgefunden hat. Die Antworten auf die nachfolgende Frage „Was halten Sie von der Anzahl der Ausländer, die in unserem Land sind?“ zeigen, dass die Anzahl als zu hoch empfunden wird. 62 % antworteten mit „zu viele“, 36 % sehen die Zahl als genau richtig an und nur 2 % meinten, dass es noch zu wenige seien.

Unterschiedliche Einschätzungen der demographischen Situation in Deutschland lassen sich immer wieder zwischen West- und Ostdeutschen feststellen. Generell wird bei den Befragten in den neuen Bundesländern eine geringere Größenordnung der demographischen Prozesse angenommen. Es wird also im Westen die Bevölkerungszahl Deutschlands mit 90,3 Millionen (tatsächlich: 82,2 Millionen) deutlich überschätzt, während sie im Osten mit 77,8 Millionen erheblich unterschätzt wird. Ähnliches gilt für die Zahl der Zuwanderer, die generell als zu niedrig angesehen wird, die aber im Osten (479 Tausend) noch deutlicher als im Westen (529 Tausend) unterschätzt wird. Und gleiches ist auch für die Zahl der Ausländer, die in Ostdeutschland mit 8,4 Millionen zwar noch immer überschätzt angenommen wird, im Westen aber mit 10,4 Millionen noch wesentlich höher gesehen wird, zutreffend.

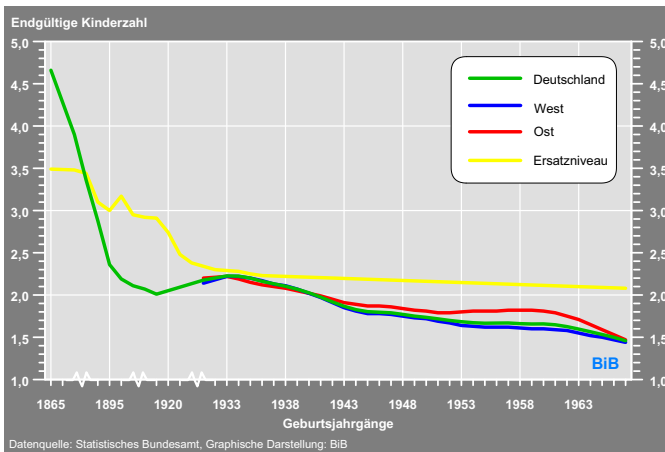


3. Wie werden die aktuellen demographischen Trends bewertet?

Wie viele andere Länder befindet sich Deutschland inmitten eines demographischen Wandels: die Geburtenzahlen sinken, die Anteile der älteren Menschen an der Bevölkerung steigen, es werden weniger Ehen geschlossen und mehr geschieden. In der Bevölkerung herrscht eine überwiegend kritische Sicht auf diese Veränderungen. Sinkende Anteile der jüngeren Bevölkerung und steigende Anteile älterer Menschen werden als ungünstig empfunden. Ähnlich negativ wird auch der Rückgang der Geburtenzahlen, die Zunahme freiwilliger Kinderlosigkeit und die steigende Scheidungshäufigkeit beurteilt.

Die demographische Situation - Geburten- und Scheidungshäufigkeit, Altern

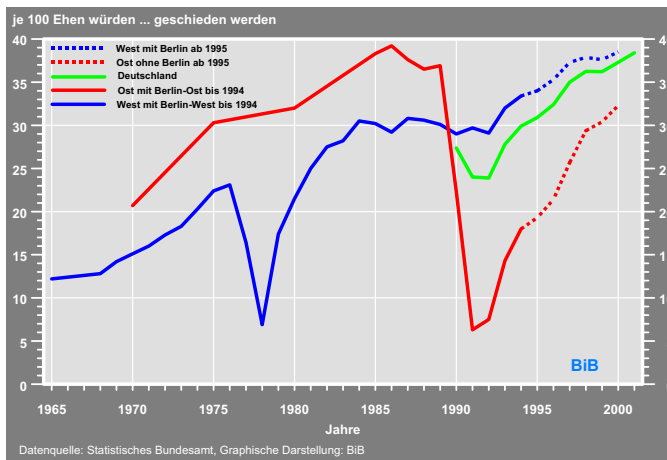
Endgültige Kinderzahlen der Geburtsjahrgänge 1865 - 1967 in Deutschland und die für den Ersatz der Eltern-generation notwendige Kinderzahl



Die endgültige Kinderzahl der Geburtsjahrgänge ab 1865 ist kontinuierlich gesunken. Der Geburtsjahrgang 1967 wird im Durchschnitt nur noch 1,4 Kinder zur Welt bringen. Der Geburtsjahrgang 1930 hatte noch 2,2 Kinder. Letztmalig war im Geburtsjahrgang 1880 die Kinder-generation zahlenmäßig stärker als die Eltern-generation. Dies ist eine der Ursachen für das Altern der Bevölkerung. Für die jüngeren in den 1960er Jahren geborenen Frauen kommt eine wachsende Kinderlosigkeit hinzu. Der Geburtsjahrgang 1967 in Westdeutschland könnte zu etwa 30 % kinderlos bleiben. In Ostdeutschland ist Kinderlosigkeit niedriger.

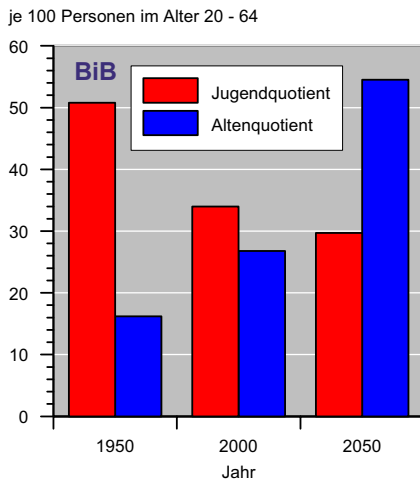
Es wird nicht nur weniger geheiratet, die geschlossenen Ehen sind auch viel instabiler geworden. In den 70er Jahren sind nur 10 % der Bevölkerung über das gesamte Leben ledig geblieben. Im Jahr 2000 hat sich dieser Anteil auf etwa 30 % erhöht. In der ersten Hälfte der 90er Jahre begann die Ehescheidungshäufigkeit wieder zu steigen. Gegenwärtig werden etwa ein Drittel der bestehenden Ehen geschieden. Die anhand der Daten des Jahres 2001 berechnete Scheidungshäufigkeit beträgt fast 40 %. Nach Heiratsjahrgängen betrachtet, erreichte der Jahrgang 1976 mit 30,6 % die bislang höchste Scheidungshäufigkeit.

Zusammengefasste Ehescheidungs-ziffer in Deutschland und seinen Regionen, 1965 - 2001





Veränderung des Alten- und Jugendquotienten zwischen 1950 und 2050 in Deutschland



Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Die Bevölkerung in Deutschland altert bereits seit längerem. Unter dem Altern der Bevölkerung versteht man die Anteilsverschiebungen zwischen den Altersgruppen zu Ungunsten der jüngeren Bevölkerung. Nach der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird dieser Alterungsprozess nach dem Jahr 2025 mit erhöhter Geschwindigkeit verlaufen. In einem Zeitraum von 100 Jahren zwischen 1950 und 2050 verringert sich der Jugendquotient (Kinder und Jugendliche je 100 Personen im Alter 20 - 64) von 50,8 auf 29,7. Im gleichen Zeitraum steigt der Altenquotient (65-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter 20 - 64 Jahre) von 16,2 auf 54,5. Zum Altern der Bevölkerung gibt es keine demographische Alternative. Das demographische Altern hat Auswirkungen auf fast alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Dies gilt insbesondere für die sozialen Sicherungssysteme (Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung), aber auch für den Arbeitsmarkt, den Schulbereich, die Familie und Generationenbeziehungen oder die Siedlungsstrukturen.

Die Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study - Bewertung der Trends

Das anhaltend niedrige Geburtenniveau und die damit verbundene Alterung der Bevölkerung werden überwiegend kritisch gesehen. Dass der Anteil der unter 20-Jährigen in Zukunft stark zurückgehen wird und in 50 Jahren statt heute 21 nur noch 16 von 100 Einwohnern zur jungen Generation gehören, halten 84 % der Deutschen für schlecht oder sehr schlecht (Tab. 2). 14 % stehen dieser Entwicklung neutral gegenüber und nur 2 % finden dies gut oder sehr gut.

Eine klare Mehrheit der Bundesbürger hat also eine dezidiert negative Meinung zur zukünftigen Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung. Darin spiegelt sich die mittlerweile breite Dis-

kussion dieses Themas in den Medien wider, in der vor allem die negativen Folgen der Alterung herausgestellt werden. Probleme bei der Finanzierung der Renten, weiter steigende Gesundheits- und Pflegekosten sowie der zu erwartende Mangel an Arbeitskräften sind die wichtigsten Stichworte hierzu. Das Altern der Bevölkerung als Chance und Gestaltungsmöglichkeit der Gesellschaft wird dagegen kaum herausgestellt.

Die Menschen in den neuen Bundesländern sehen der Entwicklung mit größerer Sorge entgegen als die der alten Bundesländer. 89 % der Ostdeutschen im Vergleich zu 82 % der Westdeutschen beurteilen den Rückgang

Tab. 2: Bewertung des zukünftigen Rückgangs des Anteils der unter 20-Jährigen (in %)

Bewertung	Insgesamt	West	Ost	Alter (Jahre)	
				20 - 39	40 - 65
gut / sehr gut	2,1	2,4	1,0	2,4	1,9
weder noch	14,1	15,4	9,3	16,0	12,7
schlecht / sehr schlecht	83,8	82,2	89,3	81,7	85,5

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study


Tab. 3: Bewertung des Wandels der Lebensformen und der Familie (in %)

Lebensformen	überwiegend oder sehr positiv	weder noch	überwiegend oder sehr negativ
Zunahme nichtehelicher Lebensgemeinschaften	25,3	50,4	24,3
Rückgang der Eheschließungen	9,7	49,7	40,6
Rückgang der Geburtenzahlen	4,1	11,6	84,4
Zunahme der (freiwilligen) Kinderlosigkeit	7,2	23,8	69,0
Zunahme Alleinerziehender	3,8	25,4	70,8
Zunahme nichtehelicher Geburten	19,2	56,7	24,1
Steigende Anzahl von Scheidungen	3,8	22,0	74,2

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study

des Anteils der jungen Generation als schlecht oder sehr schlecht. Dies ist nicht weiter verwunderlich angesichts der Tatsache, dass die Bevölkerung dort schneller als im Westen altert und in einer Reihe von Regionen Ostdeutschlands die Folgen des demographischen Wandels inzwischen ganz eindeutig sichtbar sind. Dies ist bedingt durch den mit der politischen Wende einsetzenden Geburteneinbruch, das seither niedrig gebliebenen Geburtenniveau und die Abwanderung Jüngerer in den Westen. Zudem dürfte die Angst vor Einschnitten in das soziale Sicherungssystem bei der ostdeutschen Bevölkerung größer sein, nicht zuletzt, weil das Vertrauen in die staatlichen Institutionen kein jahrzehntelang gewachsenes ist.

Auch bei einem Vergleich von Altersgruppen zeigt sich das erwartete Muster. Die Älteren, das sind hier die 40- bis 65-Jährigen, schätzen die demographische Entwicklung negativer ein als die Jüngeren. Die Älteren befürchten in erster Linie Rentenkürzungen, wenn immer weniger Beitragszahler nachwachsen. Zwar sind die heute Jüngeren in Zukunft noch stärker davon betroffen, nehmen dies aber subjektiv noch kaum wahr und sind daher in ihrer Meinungsbildung weniger davon beeinflusst.

Die demographischen Entwicklungen im Bereich von Lebensformen und Familie werden differenzierter wahrgenommen (Tab. 3). Während einige Aspekte klar negativ beurteilt werden, dominiert bei anderen eine indifferente oder

positive Haltung. In Übereinstimmung mit den zuvor berichteten Ergebnissen finden es nur 4 % der Befragten gut, dass die Geburtenzahlen zurückgehen. Eine deutliche Mehrheit von 84 % ist gegenteiliger Auffassung. Auch die Zunahme der (freiwilligen) Kinderlosigkeit, die wachsende Zahl Alleinerziehender sowie der Anstieg der Ehescheidungen werden von den meisten Deutschen sehr oder überwiegend negativ bewertet. Der Zunahme nichtehelicher Lebensgemeinschaften hingegen steht ein Viertel der Befragten positiv gegenüber, weitere 50 % bewerten diese Entwicklung neutral. Eine neutrale Haltung dominiert auch hinsichtlich der wachsenden Zahl nichtehelicher Geburten.

Wie auch aus den im nächsten Kapitel dargestellten Befunden hervorgeht, wird also der Wandel der Lebensformen nicht generell für schlecht befunden. Lediglich niedrige Kinderzahlen und das Auseinanderbrechen von Ehen und Familien werden negativ bewertet. Dass Partnerschaft und Familie zunehmend auch außerhalb konventioneller Formen gelebt werden, stößt hingegen auf relativ hohe Toleranz.

Nennenswerte Unterschiede nach sozialstrukturellen Merkmalen sind lediglich in Bezug auf das Alter zu berichten. Die 40- bis 65-Jährigen stehen den einzelnen Aspekten des Wandels der Lebensformen und der Familie durchweg kritischer gegenüber als die 20- bis 39-Jährigen. Sie sind also genannten Veränderungen



gegenüber weniger aufgeschlossen, wobei auf Grundlage vorliegender Daten keine Entscheidung darüber getroffen werden kann, ob es sich hierbei um einen Alterseffekt handelt und Menschen mit zunehmendem Alter generell „konservativer“ werden oder ob man es mit einem Generationeneffekt zu tun hat und die Jüngeren über ihren gesamten Lebensverlauf hinweg diesbezüglich liberaler orientiert sind.

Das Meinungsbild zum Wandel der Familie in den alten und den neuen Bundesländern ist recht ähnlich. Die Menschen in den neuen Bundesländern stehen der steigenden Zahl

nichtehelicher Geburten etwas weniger kritisch gegenüber, bewerten aber die zunehmende Kinderlosigkeit und den Geburtenrückgang negativer als die Westdeutschen. Beides ist in Zusammenhang mit dem tatsächlichen Verhalten zu sehen: Der Anteil nichtehelicher Geburten war im Osten stets höher als im Westen und hat den Charakter gesellschaftlicher Normalität. Und das schärfere Urteil der Ostdeutschen zur Abnahme der Fertilität dürfte - wie bereits oben vermutet - eine Reaktion auf die Zuspitzung dieser Entwicklung seit der Wiedervereinigung sein.



4. Altern: Gesellschaftliche Tatsache und individuelles Schicksal

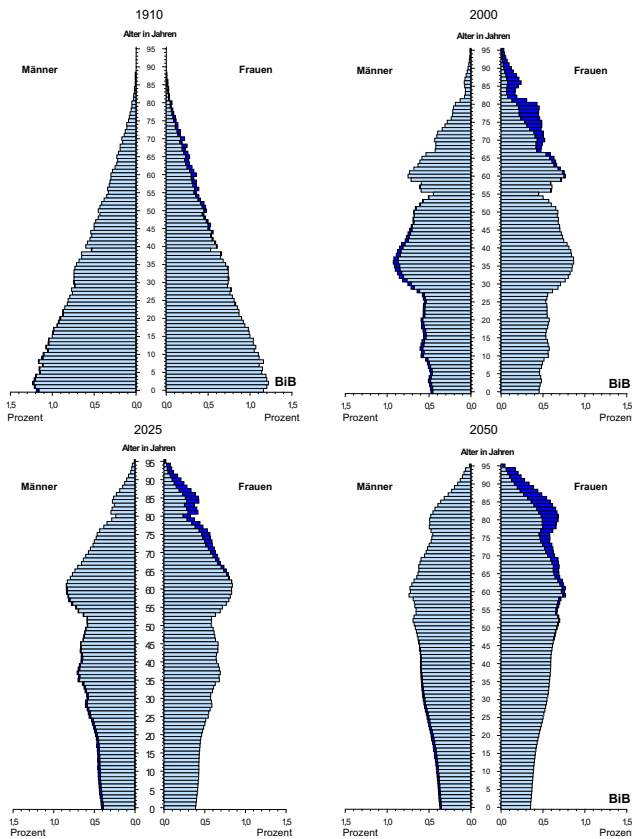
Das Thema „demographische Altern“ ist aufgrund seiner Brisanz und der häufigen Berichterstattung in den Medien präsent zu einem Teil des öffentlichen Bewusstseins geworden. Dabei erfährt das Alter eine relativ hohe Wertschätzung. Gleichzeitig ist aber das Bewusstsein vorhanden, dass die demographische Alterung die Probleme der sozialen Sicherungssysteme verschärft. Bei den Maßnahmen zur Rentenfinanzierung wird das Abschaffen von Frühverrentungsprogrammen und die Koppelung von Kinderzahl und Rente als bedeutsam eingestuft.

Die demographische Situation - Der Wandel im Altersaufbau der Bevölkerung

Das Altern ist das Ergebnis von langfristigen Veränderungen der Geburtenhäufigkeit und der Lebenserwartung. Zwei Geburtenrückgänge (um 1900 und um 1970) haben zu einem niedrigen Geburtenniveau geführt. Es kommt zunächst zu einem fertilitätsgeleiteten Altern.

Der langfristig kontinuierlich verlaufende Anstieg der Lebenserwartung führt dazu, dass frühere geburtenstarke Jahrgänge ein hohes Lebensalter erreichen. Es entsteht das mortalitätsgeleitete Altern der Bevölkerung.

Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland 1910, 2000, 2025 und 2050 (in %)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Die nebenstehende Abbildung zeigt die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung von 1910 bis prognostiziert 2050 mit immer größer werdenden Anteilen älterer Menschen. Insbesondere wenn die geburtenstarke Jahrgänge der 50er und 60er Jahre nach 2015 in immer größerer Zahl in das Rentenalter eintreten, wird der Alterungsprozess eine weitere Beschleunigung erfahren.

Ein Altersaufbau wie der im Jahr 1910 entsteht bei einem hohen Geburten- und Sterblichkeitsniveau. Am stärksten besetzt sind die jüngeren Geburtsjahrgänge und die niedrige Lebenserwartung verhindert, dass sehr viele Menschen ein hohes Lebensalter erreichen. Dies führt zur sogenannten Dreiecksform des Altersaufbaus. In dem Maße, wie die Geburtenhäufigkeit sinkt und die Lebenserwartung steigt, kehrt sich das Aussehen des Altersaufbaus allmählich um.

Das demographische Altern ist ein irreversibler Vorgang, weil es in der heutigen Altersstruktur bereits angelegt ist. Würden mehr Kinder geboren oder würde mehr Zuwanderung stattfinden, könnte der Alterungsprozess nur abgemildert werden.



Die Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study - Meinungen zum Altern

Das Thema „Alter“ war sowohl auf der gesellschaftlichen als auch auf der persönlichen Ebene Gegenstand der Befragung. So sollte einerseits der von den Medien stark ins Blickfeld gerückte Alterungsprozess der Gesellschaft beurteilt werden, andererseits wurde aber auch die Frage nach dem eigenen Wunschalter gestellt, die damit stark kontrastiert.

Der gesellschaftliche Alterungsprozess wird vom überwiegenden Teil der Befragten als problematisch wahrgenommen (Vergleiche auch Abschnitt 3: Wie werden die aktuellen demographischen Trends bewertet?). Die Tatsache, dass der Anteil der Jungen (unter 20-Jährige) in Zukunft stark abnehmen wird, bewerten 84 % als schlecht bzw. sehr schlecht, ebenso den steigenden Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung (71 %). Der Rückgang der jüngeren Altersgruppen wird dabei als problematischer gesehen als die Zunahme der älteren. Diese negative Einschätzung der beiden Phänomene bleibt über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg bestehen. Es zeichnet sich jedoch ein Bildungseffekt ab, d.h. Personen mit höherer Bildung bewerten die Entwicklung nochmals schlechter als solche mit niedrigeren Schulabschlüssen, womöglich aufgrund eines anderen Informationsverhaltens und daraus resultierenden Problembewusstseins. Unabhängig von der eher schlechten Beurteilung der Alterung in Deutschland, wünschen sich die meisten Befragten für sich persönlich jedoch ein relativ langes Leben. Mehr als 50 % würden gerne 84 Jahre oder älter werden. Für 25 % (wieder von allen Befragten) liegt das Wunschalter bei 90 Jahren oder mehr. Allerdings müssen in den Augen der Befragten Wunsch und Wirklichkeit nicht übereinstimmen, denn während das gewünschte Durchschnittsalter bei 85,7 Jahren liegt, wird nur ein tatsächliches Alter von 78,1 Jahren erwartet.

Die Rolle der Älteren in der Gesellschaft

Welche Bedeutung der älteren Generation in der heutigen Gesellschaft zugeschrieben wird, wurde in der PPAS anhand von ver-

schiedenen Aussagen überprüft, die sich inhaltlich zu drei Themenbereichen zusammenfassen lassen: a) Ältere als Vermittler von Erfahrung, Tradition und emotionaler Unterstützung, b) Ältere als gesellschaftlicher Ballast, der Innovationen verhindert und c) der gesellschaftliche Umgang mit den Rechten und Problemen Älterer. Wie zu erwarten war, erfahren die positiven Aussagen überwiegend Zustimmung, während die negativen eher abgelehnt werden (**Tab. 4**). Bei differenzierter Betrachtung zeigen sich jedoch charakteristische Unterschiede. So spielt vor allem das eigene Alter eine wichtige Rolle bei der Beurteilung, d.h. je älter eine Person selbst ist, desto positiver bewertet sie auch die Rolle der älteren Generation in der Gesellschaft. Dies hängt natürlich mit der unmittelbaren Betroffenheit zusammen und drückt den Wunsch nach Anerkennung und Respekt in der aktuellen Lebenslage aus. Zusätzlich kann aber auch die eigene Erfahrung mit (anderen) Älteren eine Rolle spielen.

Rentenfinanzierung

Die bisherigen Ergebnisse lassen sich dahingehend zusammenfassen, dass die Befragten den Alterungsprozess der Gesellschaft eher als Problem wahrnehmen, sich aber unabhängig davon individuell trotzdem ein langes Leben wünschen und auch die Rolle der älteren Generation in der Gesellschaft überwiegend positiv bewerten. Interessant ist nun die Frage, wie sich diese Aussagen auf die Meinung zur Rentenfinanzierung auswirken, da einerseits das Problem der Finanzierung klar erkannt wird, die Lösung aber andererseits mit der Kürzung eigener Ansprüche einhergehen könnte. Den Befragten lag ein Antwortkatalog mit zehn konkreten Maßnahmen zur Sicherung der Renten vor, zu denen die Antwortmöglichkeiten „andere Maßnahmen“ und „keine dieser Maßnahmen“ hinzukamen. In **Tabelle 5** wird die Rangfolge nach der Häufigkeit der an erster Stelle genannten Maßnahmen dargestellt, wobei nur eine Antwort möglich war.



Tab. 4: Zustimmung zu Aussagen über die Rolle der Älteren in der Gesellschaft („stimme zu“ und „stimme voll und ganz zu“ / in %)

Aussagen	%
1. Die Gesellschaft sollte die Probleme der älteren Menschen berücksichtigen	92,8
2. Die Gesellschaft sollte die Rechte der älteren Menschen berücksichtigen	92,3
3. Die jüngeren Generationen können von der Anwesenheit, dem Wissen und der Erfahrung älterer Menschen profitieren	90,1
4. Dank ihrer großen Erfahrung sind ältere Menschen ein wertvoller Bestandteil für die Gesellschaft	89,5
5. Ältere gewährleisten die Aufrechterhaltung traditioneller Werte in der Gesellschaft	75,2
6. Ältere Menschen sind eine wichtige Quelle für emotionale Unterstützung	71,1
7. Die ältere Generation ist nicht mehr produktiv und stellt eine Belastung für die Gesellschaft dar	19,9
8. Ältere Menschen sind ein Hindernis für Veränderungen	15,9
9. Ältere Menschen sind eine Last für die Gesellschaft	10,5

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study

Weit über ein Viertel der Befragten befürwortet die Abschaffung von Frühverrentungsprogrammen als wichtigstes Mittel zur Rentensicherung, jedoch fast ein Fünftel bewertet alle diese Vorschläge als nicht akzeptabel. Ähnlich starke Zustimmung fand der Vorschlag, die Renten von der Anzahl der Kinder abhängig zu machen. Zusammen mit den bisher genannten Maßnahmen bilden die Anhebung des

Rentenalters und eine Erhöhung von Steuern und / oder Sozialversicherungsbeiträgen die fünf Maßnahmen, für die sich fast 60% der Befragten entschieden haben. Alle anderen Vorschläge sind im Vergleich dazu als unbedeutend einzustufen, darunter auch die höhere Gewichtung der privaten Vorsorge. Es ist allerdings aus den Daten nicht ersichtlich, ob letztere abgelehnt wird, weil die zusätzlichen Aus-

Tab. 5: Rangfolge der Maßnahmen zur Sicherung der Finanzierung des Rentensystems (Auswahl der wichtigsten Maßnahme / in % / nur eine Antwort möglich)

Maßnahmen	%
1. Frühverrentungsprogramme abschaffen	27,5
2. Keine der genannten Maßnahmen ist akzeptabel	18,1
3. Die Rentenhöhe von der Anzahl der Kinder abhängig machen	17,0
4. Anhebung des Rentenalters	12,3
5. Erhöhung der Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge vom monatlichen Einkommen	9,8
6. Verringerung der Höhe der monatlichen Renten	7,2
7. Bestimmte gesellschaftliche Gruppen belasten	2,8
8. Die Kinder zwingen, ihre alten Eltern finanziell zu unterstützen	2,2
9. Mehr private Vorsorge	1,9
10. Abbau der Arbeitslosigkeit	0,6
11. Renten nur für Einzahler	0,4
12. Andere Möglichkeiten	0,1

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study



gaben dafür als zu hoch eingeschätzt werden oder weil man die eigene private Absicherung bereits für ausreichend hält.

Differenziert man die Ergebnisse wieder nach relevanten gesellschaftlichen Gruppen, bleibt die Befürwortung der Frühverrentung weiterhin an erster Stelle. Eine Ausnahme bilden nur die Befragten aus den neuen Bundesländern, die zunächst keine der Maßnahmen akzeptieren (28,7 %), doch auch hier befindet sich die Abschaffung der Frühverrentung noch immer unter den ersten drei Maßnahmen. Wenn auch nicht an erster Stelle, so findet man doch ebenfalls über alle Gruppen hinweg auch die Ablehnung aller vorgeschlagenen Maßnahmen immer unter den drei am häufigsten genannten Antworten.

Relevante Unterschiede zeigen sich dabei erwartungsgemäß bei der getrennten Betrachtung von Personen mit und ohne Kinder. Personen mit Kindern befürworteten die Abhängigkeit der Rentenhöhe von der Anzahl der Kinder zu 20,9 %, während Personen ohne Kinder dies nur zu 10,4 % tun. Kinderlose bevorzugen statt dessen neben der Abschaffung der Frühverrentung und der Ablehnung aller Maßnahmen die Anhebung des Rentenalters (16,4 %; Personen mit Kindern 9,8 %). Neben der Frage nach eigenen Kindern spielt auch das ver-

fügbare Einkommen eine wichtige Rolle bei der Beurteilung der vorgestellten Maßnahmen zur Rentenfinanzierung, da Einschnitte beim Leistungsanspruch mit einem höheren Einkommen leichter ausgeglichen werden können als mit einem niedrigen. Für den Vergleich wurden deshalb drei Einkommensgruppen gebildet, mit dem Durchschnittseinkommen als Referenzgröße. Die Befragten mit weniger als 25 % des Durchschnittseinkommens und diejenigen mit mehr als 75 % wurden in die Einkommensgruppen „niedrig“ (weniger als 1.500 Euro) respektive „hoch“ (mehr als 4.000 Euro) eingeteilt. Differenziert man nun die Akzeptanz der vorgeschlagenen Maßnahmen nach diesen Einkommensgruppen, dann zeigt sich ein Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe und Akzeptanz. Während in der niedrigsten Einkommensgruppe die Ablehnung aller Maßnahmen mit 22,8 % an zweiter Stelle steht, findet sie sich in der mittleren Einkommensklasse auf Rang 3 (16,0 %) und in der höchsten Einkommensklasse erst auf Rang 6 (6,5 %). An der Tatsache, dass insgesamt nur die ersten 6 Maßnahmen bzw. die Ablehnung aller Maßnahmen aus **Tabelle 5** überhaupt relevante Zustimmungquoten erfahren haben, ändert sich jedoch auch bei differenzierterer Betrachtung nichts.

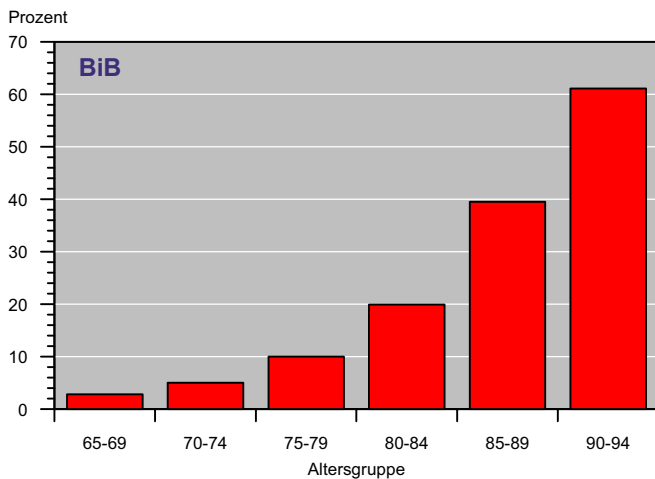


5. Die Solidarität zwischen den Generationen

Generationensolidarität in einer alternden Bevölkerung hat eine große Bedeutung. Als Idealsituation der Pflege im eigenen Alter wird eigenständiges Wohnen bei einer Betreuung durch Angehörige angegeben. Aber auch die Gesellschaft wird über die Bereitstellung von Institutionen und Diensten in der Pflicht gesehen.

Die demographische Situation - Institutionelle und gesellschaftliche Pflege und die Lebensformen der älteren Bevölkerung

Anteile der Pflegebedürftigen an der jeweiligen Altersgruppe in Deutschland, 2001 (in %)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik 2001

Die Anteile der zu pflegenden Personen erhöhen sich ab der Altersgruppe 75 - 79 Jahre sprunghaft, steigen von 19,8 % bei den 80- bis 84-Jährigen auf 61,1 % bei den 90- bis 94-Jährigen. Deutliche Anstiege treten aber erst bei den über 84-Jährigen ein.

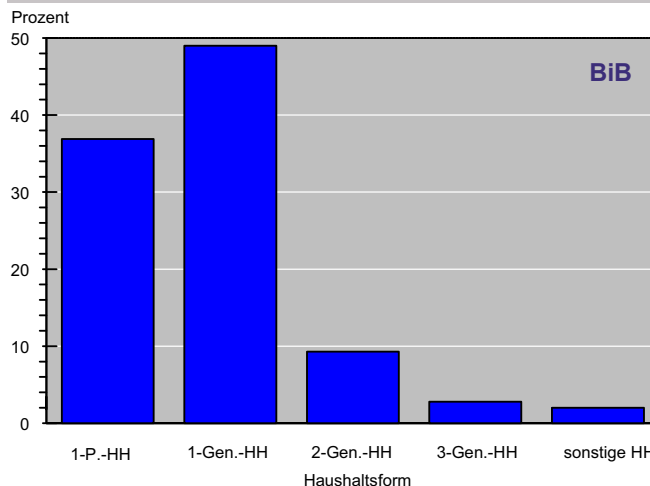
Bei der Unterteilung nach der Pflege zu Hause bzw. im Heim gibt es ein deutliches Plus bei den zu Hause Betreuten. In der Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen sind es 77,5 % der Pflegebedürftigen. In den höheren Altersgruppen sinkt dieser Anteil (z.B. 80- bis 84-Jährige: 67,6 %). Aber erst in der Altersgruppe der über 94-Jährigen werden mit 49,6 % etwas weniger Personen zu Hause als in Heimen betreut.

Ältere Menschen leben am häufigsten in Eingenerationen-Haushalten. Im Jahr 2000 machte dieser Anteil 85,9 % bei den 65-Jährigen und Älteren aus. 36,9 % der Menschen in dieser Altersgruppe bilden einen Einpersonenhaushalt. Das heißt, die Mehrheit der älteren Bevölkerung von 63,1 % lebt nicht allein im Haushalt.

49,0 % leben gemeinsam mit einem Partner (verheiratet bzw. nichteheliche Lebensgemeinschaft) in Eingenerationen-Haushalten.

Die Anteile der Mehrgenerationen-Haushalte sind gering. 9,3 % sind Zwei-Generationen-Haushalte und 2,8 % Drei-Generationen-Haushalte.

Haushalte von 65-Jährigen und Älteren nach der Zahl der Generationen, 2000 (in %)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2000



Die Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study - Aussagen zur Solidarität zwischen den Generationen

Die „Pflege im Alter“ wurde sowohl auf der gesellschaftlichen als auch auf der persönlichen Ebene thematisiert, d.h. zunächst wurde allgemein die Meinung zur Pflege von älteren Menschen in unserer Gesellschaft erfasst, um dann konkreter nach den Vorstellungen zur Pflege im eigenen Alter zu fragen. Die Antworten ergeben den Wunsch nach einem Mix aus öffentlicher und privater Pflege, der je nach konkreter Fragestellung eher zur Pflege durch die nächsten Verwandten oder durch öffentliche Institutionen tendiert, die jeweils andere Möglichkeit jedoch immer stark mit einschließt.

Die Ergebnisse lassen sich dahingehend interpretieren, dass der Gesellschaft vor allem die Aufgabe der Bereitstellung angemessener Institutionen und Dienste zur Pflege älterer Menschen zugewiesen (84,4 %), die Pflege selbst aber vor allem von den Kindern erwartet wird (73,5 %). Dabei halten mehr als zwei Drittel der Befragten (67,8 %) die Pflege durch Kinder nicht nur für wünschenswert, sondern sogar für die Pflicht der Angehörigen und nur 14,8 % lehnen sie vollkommen ab (Tab. 6). Die Pflege älterer Menschen durch die eigenen Kinder

scheint als gesellschaftliche Norm noch starke Geltung zu besitzen, d.h. man fühlt sich zur Pflege der Eltern verpflichtet, ohne dass diese Aufgabe unbedingt der eigenen Wunschvorstellung entsprechen muss. In diesem Sinne kann zumindest das Ergebnis interpretiert werden, dass zwar über die Hälfte der Befragten die alten Eltern zu sich nehmen würde, wenn diese pflegebedürftig werden, dass aber nur knapp ein Drittel dies auch wirklich gern tun würde. Entsprechend diesen gesellschaftlichen Erwartungen wird schließlich die Aussage, alte Menschen sollten in Seniorenwohnheimen leben, auch überwiegend abgelehnt.

Beim Thema „Pflege im Alter“ zeigen sich ferner wieder Meinungsunterschiede, die durch die unmittelbare Betroffenheit der Befragten hervorgerufen werden. Zunächst gilt, dass die Pflege durch eigene Kinder und Angehörige umso stärker befürwortet wird, je älter die Befragten sind und ebenso, dass Befragte, die selbst Kinder haben, häufiger der Forderung nach Mithilfe der Angehörigen zustimmen als solche ohne eigene Kinder. Es bestätigt sich auch die Erwartung, dass die Pflege älterer

Tab. 6: Zustimmung zu Aussagen über die Pflege von älteren Menschen („stimme zu“ und „stimme voll und ganz zu“ / in %)

Aussagen	%
1. Die Gesellschaft sollte sich in erster Linie durch die Bereitstellung von angemessenen Institutionen und Diensten um ältere Menschen kümmern	84,4
2. Die Kinder sollten sich um die älteren Menschen kümmern	73,5
3. Es ist die Pflicht der Angehörigen, sich um die älteren Menschen zu kümmern	67,8
4. Wenn meine Eltern alt sind und sich die Notwendigkeit ergibt, würde ich sie bitten, bei mir zu wohnen	51,7
5. Alte Menschen sollten nur im Seniorenheim leben, wenn sich niemand in der Familie um sie kümmern kann	47,9
6. Ich hätte gern, dass meine Eltern bei mir wohnen, wenn sie alt sind	32,8
7. Wenn man kleine Kinder hat, sollte man sich nicht auch noch um seine alten Eltern kümmern müssen	21,5
8. Es ist nicht die Aufgabe der Kinder, sich um ihre alten Eltern zu kümmern	14,8
9. Alte Menschen sollten in Seniorenheimen leben	14,6

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study



Tab. 7: Wer sollte alten Menschen bei ständigem Hilfebedarf in täglichen Dingen helfen? („stimme zu“ und „stimme voll und ganz zu“ / in %)

Verantwortung bei der Hilfe für Ältere	%
1. (Ehe-)Partner	94,1
2. Kinder	81,6
3. Freiwillige und gemeinnützige Organisationen	76,2
4. Personen oder private Dienste gegen Bezahlung (Ausgaben von der Steuer absetzbar)	73,4
5. Eine öffentliche Einrichtung	71,5
6. Kirchliche Organisationen	63,9
7. Andere Angehörige	47,7
8. Freunde und Nachbarn	35,1

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study

Menschen eher Frauen als Männern zugeschrieben wird in dem Sinne, dass Frauen ihre alten Eltern eher zu sich nehmen würden als Männer. Der Ost-West-Vergleich zeigt in den neuen Bundesländern eine stärkere Zuweisung von Verantwortlichkeiten an den Staat als in den alten, d.h. von den Befragten aus den neuen Bundesländern weisen 91,2 % die Bereitstellung von Diensten für ältere Menschen der Gesellschaft zu, in den alten Bundesländern dagegen nur 82,7 %. Schließlich bestehen Unterschiede zwischen Land- und Stadtbewohnern, die wohl vor allem auf die unterschiedlichen Wohnverhältnisse der beiden Gruppen zurückzuführen sind, denn Landbewohner sind eher bereit und wohl auch in der Lage, ihre alten Eltern zu sich zu nehmen. Einen weiteren Faktor zur Erklärung der Stadt-Land-Unterschiede könnte außerdem eine stärkere Verankerung traditioneller Werte auf dem Land darstellen, wo man die Pflege alter Eltern noch stärker für eine Pflicht der Kinder hält als in der Stadt.

Bei konkreteren Fragen nach Helfern, die im Bedarfsfall die Pflege Älterer übernehmen sollten, kristallisiert sich klar der Wunsch nach privater Pflege heraus (Tab. 7). Diese Aufgabe wird zuallererst dem Partner bzw. Ehepartner und den Kindern zugeschrieben, letzteren aber bereits mit deutlich geringerer Zustimmung, da kinderlose Befragte trotz der allgemeinen Fra-

gestellung seltener Kinder als Helfer angegeben haben. Bereits an dritter und vierter Stelle folgen dann allerdings öffentliche Einrichtungen, wobei freiwillige und gemeinnützige Organisationen noch vor privaten bezahlten Diensten genannt werden. In diesem Ergebnis drückt sich möglicherweise ein Misstrauen gegen private Dienstleister im Bereich der Altenpflege aus, das durch vermehrte Medienberichte über schlechte Standards mit entstanden ist. Damit sollten aus Sicht der Befragten also tatsächlich nur die nächsten Angehörigen, d.h. (Ehe-)Partner und Kinder die Pflege übernehmen, während andere Angehörige, ebenso wie Freunde oder Nachbarn weniger akzeptiert werden als andere Dienstleister auf diesem Gebiet.

Bei den Wünschen zur Lebenssituation im eigenen Alter steht die persönliche Autonomie an erster Stelle, d.h. man möchte zuallererst „zu Hause“ wohnen, kombiniert mit verschiedenen Konstellationen privater und öffentlicher Pflege (Tab. 8). Im Bedarfsfall spielen professionelle Pflegedienste als mögliche Unterstützung im Alltag eine entscheidende Rolle, teils in Kombination mit der Hilfe von Kindern. Die alleinige Hilfe durch Kinder wird erst an dritter Stelle genannt, bei Personen mit eigenen Kindern wohl, um durch Freiräume auf beiden Seiten das Verhältnis zwischen den Generationen nicht übermäßig zu belasten. Bei Personen ohne eigene Kinder fehlt dagegen die eigene Betrof-



Tab. 8: Gewünschte Lebensform im eigenen Alter, bei täglicher Hilfsbedürftigkeit (in % / nur eine Antwort war möglich)

Lebensform bei täglicher Hilfebedürftigkeit	%
1. Zu Hause, aber mit professioneller Hilfe (Pflegedienst)	30,1
2. Zu Hause, aber mit regelmäßiger professioneller Hilfe und Hilfe meiner Kinder oder anderer Verwandter	29,3
3. Zu Hause, aber mit regelmäßiger Hilfe meiner Kinder und meiner Familie	21,3
4. In einem Seniorenheim	10,8
5. Ich würde gern bei einem meiner Kinder im Haus / in der Wohnung wohnen	4,2
6. Sonstiges	2,4
7. Zu Hause, aber mit einem meiner Kinder oder Verwandten, der mit mir zusammenzieht	1,9

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study

fenheit. Die hohe Bedeutung dieser drei Arrangements der Pflege zu Hause zieht sich durch alle gesellschaftlichen Gruppen. Auffallend ist lediglich, dass bestimmte Gruppen private Hilfe gegenüber der rein professionellen leicht bevorzugen, d.h. jüngere Befragte ebenso wie diejenigen mit Kindern, mit höherer Bildung, Frauen und Befragte aus den neuen Bundesländern wählen den öffentlich-privaten Hilfsmix vor der rein professionellen Pflege. Interessant ist, dass an vierter Stelle keine weiteren verwandtschaftlichen Konstruktionen stehen, sondern Seniorenheime, die in allen Gruppen von ca. 10 % der

Befragten gewünscht werden. Eine Ausnahme stellen hier lediglich die neuen Bundesländer dar, in denen 16,2 % als gewünschte Lebensform im Alter ein Seniorenheim angeben und die damit weit über dem Durchschnitt liegen. Eine mögliche Erklärung für diese Wahl könnte in der starken Abwanderung vor allem junger Menschen aus den neuen Bundesländern liegen, die von den Befragten antizipiert wird. Für die Pflege im Alter werden diese dann nicht zur Verfügung stehen, weshalb ein Seniorenheim als eine vernünftige Wahl erscheinen kann.



6. Wonach streben wir? - Wertorientierungen

Die Bevölkerung in Deutschland ist nach wie vor kinder- und familienfreundlich eingestellt. Allerdings geht die Wertschätzung der Familie mit einer niedrigen gewünschten Kinderzahl und einer noch niedrigeren Zahl tatsächlich geborener Kinder einher. Weiterhin geht bei den Wertorientierungen ähnlich der Situation zu Beginn der 90er Jahre ein Riss durch Deutschland. Die Einstellungen der West- und Ostdeutschen sind nicht grundsätzlich verschieden, allerdings sind Frauen und Männer in Westdeutschland stärker auf Karriere, Selbstverwirklichung und Freizeit orientiert, während den Ostdeutschen Erwerbstätigkeit, Einkommen und das Vereinbaren von Familie und Erwerbstätigkeit wichtiger ist.

Aussagen zum Wertewandel

Wertewandel hängt auch in starkem Maße mit gegenwärtigen Veränderungen im Bereich Freundschaft, Partnerschaft, Ehe, Familie, Verwandtschaft und überhaupt der kleineren, primärgruppenhaften Lebensgemeinschaften zusammen: Aufwertung und Ausbreitung von nichtehelichen bzw. eheähnlichen Partnerschaften - ... - Zunahme von Ehescheidungen und Patchwork-Familien (...), Verkleinerungen von Familien und Verwandtschaften, Zunahme von Bindungsscheu und -angst, Aufwertung von Bekanntschaften und Freundschaften. Zu den wesentlichen Ursachen dieser Veränderungen - die nach konservativer Auffassung die Zukunft der Gesellschaft gefährden - zählt die weitgehende Aufwertung individueller Freiheit, Unabhängigkeit und Entfaltungschancen.

Aus: Karl-Heinz Hillman, Wertewandel

Postmaterialistische Werte verweisen auf den gesichertsten Teil der entwickelten Industriegesellschaft. Postmaterialistische Werte gedeihen in Wohlfahrtsstaaten, die ein historisch beispielloses Wirtschaftswachstum erreichten. Und sie sind nur ein Aspekt einer postmodernen Verschiebung, in deren Verlauf politische Ansichten, religiöse Einstellungen, Geschlechterrollen und sexuelle Normen in den entwickelten Industriegesellschaften neu bestimmt werden.

Aus: Ronald Inglehart, Modernisierung und Postmodernisierung

Wertewandel und vor allem Wertkonflikte stehen auch im Zusammenhang mit dem Migrationsproblem, vor allem mit der massenhaften Einwanderung von Menschen aus verschiedenen Ethnien und Kulturkreisen in hoch entwickelte Gesellschaften.

Aus: Karl-Heinz Hillman, Wertewandel

Die mit der Akzeptanzkrise der technisch-industriellen Hochzivilisation einhergehende Ausbreitung postmaterialistischer Wertvorstellungen ist eine Folge der industriegesellschaftlichen Prosperität. Man kann eine Bedürfnishierarchie aufstellen: Höchste Priorität besitzen zunächst materielle Bedürfnisse. Sind sie befriedigt, treten an ihre Stelle immaterielle (soziale, kulturelle und intellektuelle) Bedürfnisse. Mittlerweile ist es bei uns zu einer Sättigung der materiellen Bedürfnisse gekommen, die Wertschätzung immateriellen Besitzes ist gestiegen. Da in der Jugend akzeptierte Wertstrukturen im Erwachsenenalter relativ stabil bleiben, wird die postmaterialistische Wertprägung beibehalten werden. So kommt es zu einem undramatischen, kontinuierlichen Prozess des Wertewandels, einer »stillen Revolution«, die die postmaterialistischen Struktur- und Verhaltensmuster zu allgemeiner Verbindlichkeit führt.

Aus: Hasso von Recum, Dimensionen des Wertewandels

Postmaterialisten legen mehr Wert auf Selbsterfüllung durch Karriere als durch Sicherung des Überlebens der Gattung.

Aus: Ronald Inglehart, Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt

Rund 30 Jahre ist es her, dass in vielen westlichen Ländern, ganz besonders aber in Westdeutschland, ein tiefgreifender Wertewandel stattfand und ein neuer Zeitgeist Einzug hielt, der dann die folgenden Jahrzehnte bestimmen sollte. Erst heute, zu Beginn des neuen Jahrhunderts, mehrten sich die Anzeichen, dass die drei Jahrzehnte währende Entwicklung ihren Höhepunkt überschritten haben könnte und ein neuer Zeitgeist entsteht, der keine Rückkehr zu den fünfziger Jahren bedeutet, der jedoch einige der alten Werte wieder höher schätzt.

Aus: Elisabeth Noelle-Neumann und Thomas Petersen, Zeitenwende. Der Wertewandel 30 Jahre später



Die Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study - Wertorientierungen

Werte leiten Einstellungen und Verhalten. Sie sind Bestandteil der individuellen Verhaltensdisposition der Menschen und sind in der Gesellschaft institutionalisiert. Der Wandel der Werte wird in der demographischen Forschung in erster Linie für die Erklärung der niedrigen Geburten- und Heiratshäufigkeit, der steigenden Scheidungshäufigkeit und der sogenannten Individualisierung und Pluralisierung der Lebensformen herangezogen. Der demographische Wandel geht mit der Betonung der individuellen Autonomie, der Ablehnung aller Formen institutioneller Kontrolle und Autorität (hier die abgeschwächte Orientierungsfunktion der Institution Ehe und Familie für die Familienbildung) und der zunehmenden Verbreitung von Werten einher, die auf „höheren“ Bedürfnissen und Selbstverwirklichung beruhen. Das sind zentrale Aussagen in der von Ron Lesthaeghe und Dirk van de Kaa formulierten Theorie, die als „Europe's Second Demographic Transition“ bezeichnet wird.

Derartige Trends konnten in der PPA-Studie so eindeutig nicht festgestellt werden. Kinder- und Partnerorientierungen liegen vorn in der Wertehierarchie. In den grundlegenden Wertebündeln sind aber auch die Orientierungen auf Selbstverwirklichung, Erwerbstätigkeit und Freizeit aufzufinden. Und es zeigt sich, dass es gerade der Faktor Selbstverwirklichung ist, der eine Ablehnung der Familiengründung stützt.

Unseren Befragten waren 16 verschiedene Aussagen vorgegeben, deren Wichtigkeit für sie persönlich zu beurteilen war. Zunächst wird dargestellt, welche Rangfolge der Werte sich ergibt, wenn sie nach den Prozentanteilen der „sehr wichtig“- Antworten geordnet werden (Tab. 9). Wie man es auch aus anderen Befragungen kennt, haben die kinder- und familienorientierten Werte die höchste Zustimmung erhalten. Die Harmonie in der Partnerschaft (63,9 % sehr wichtig) und den Kindern genügend Liebe und Aufmerksamkeit geben

Tab. 9: Rangfolge der Wertorientierungen nach dem Anteil der „sehr wichtig“ Antworten (in %)

Wertorientierungen	%
1. Mit seinem Partner in Harmonie zusammenleben	63,9
2. In der Lage sein, seinen Kindern genug Liebe und Aufmerksamkeit zu widmen	63,9
3. Seinen Kindern eine gute Ausbildung ermöglichen	63,6
4. Mit seiner Arbeit zufrieden sein	48,1
5. Genügend Geld / Einkommen haben	45,0
6. Nahestehenden Menschen Sicherheit bieten	38,0
7. Genug Zeit für sich selbst und die eigenen Interessen haben	34,1
8. Mindestens einmal im Jahr Urlaub haben	28,9
9. Genug Zeit für seine Freunde haben	21,4
10. In einem schönen und geräumigen Haus leben	20,6
11. Eine gleichmäßigere Aufteilung der Hausarbeit von Frau und Mann	20,4
12. Außerhalb der eigenen Familie anerkannt und respektiert werden	18,1
13. Nach Selbstverwirklichung streben	17,5
14. Mann und Frau verdienen jeweils ihr eigenes Geld	12,1
15. Im Beruf Karriere machen	11,8
16. Genug Zeit für den Haushalt haben und gleichzeitig voll berufstätig sein	11,3

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study



können (63,9 %) sowie den Kindern eine gute Ausbildung ermöglichen (63,6 %), bilden die wichtigsten Orientierungen der Menschen in Deutschland. Schon mit einem deutlichen Bewertungsabstand folgen dann die Zufriedenheit mit der Arbeit (48,1 %) und ein genügendes Einkommen (45,0 %) haben.

Auf Freizeit gerichtete Wertorientierungen, wie genug Zeit für sich selbst und die eigenen Interessen haben, mindest einmal im Jahr Urlaub haben, genug Zeit für Freunde aufbringen zu können und in einem schönen Haus wohnen, nehmen mittlere Rangplätze ein. Weniger wichtig waren den Befragten die auf sich selbst bezogenen Werte wie außerhalb der eigenen Familie anerkannt und respektiert sein, nach Selbstverwirklichung streben, eigenes Geld verdienen, also Unabhängigkeit vom Partner erlangen und im Beruf Karriere machen.

Ordnung in die Vielfalt der Werte bekommt man mit Hilfe eines besonderen statistischen Verfahrens, der Faktorenanalyse, mit deren Hilfe die verschiedenen Werte zu Faktoren gebündelt und somit die grundlegenden Dimensionen sichtbar gemacht werden.

Für Westdeutschland konnten vier solcher Faktoren ermittelt werden:

1. Der Faktor Partnerschaft und Kinder (den Kindern Liebe und Aufmerksamkeit geben, ihnen eine gute Ausbildung ermöglichen, eine harmonische Partnerschaft führen).
2. Der Faktor Selbstverwirklichung und Freizeit (nach Selbstverwirklichung streben, Urlaub und Zeit für Freunde haben und außerhalb der Familie anerkannt sein). Dieser Faktor ist eng mit den auf Erwerbstätigkeit und Karriere gerichteten Werten verknüpft.
3. Der Faktor Gleichstellung der Geschlechter und Vereinbarkeit (gleichmäßige Aufteilung der Hausarbeit, genug Zeit für Haushalt und Erwerbstätigkeit haben und Frau und Mann verdienen ihr eigenes Geld).
4. Der Faktor Einkommen und Wohlstand (schönes und geräumiges Haus, Urlaub, genügend Geld haben). Hier ergibt sich ebenfalls eine enge Verknüpfung zu den erwerbsorientierten Werten.

Für die Ostdeutschen wurden ähnliche Wertebündel gefunden. Auffällig ist allerdings, dass eine engere Verknüpfung zwischen der Erwerbs-, Vereinbarkeits- und Kinderorientierung besteht.

Insgesamt gesehen ist die Struktur der Wertorientierungen in Deutschland im Vergleich zwischen sozialen Gruppen relativ einheitlich. Wessis und Osis, Frauen und Männer, Jüngere und Ältere, unterscheiden sich in ihren Wertorientierungen nicht grundlegend. Aber natürlich gibt es Besonderheiten in den Wichtigkeitsurteilen:

- Zwischen Frauen und Männern finden wir die hinlänglich bekannten Stereotype. Frauen sind stärker auf Kinder und Familie orientiert, finden eine gleichmäßigere Aufteilung der Hausarbeit und ein eigenes Einkommen wichtiger. Männer sind dagegen stärker auf Karriere, Selbstverwirklichung sowie Hausbesitz und Urlaub ausgerichtet.
- Die schon Anfang der 90er Jahre aufgefundenen Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland sind bestehen geblieben. Frauen und Männer in Westdeutschland sind stärker auf die Verwirklichung eigener Interessen, auf Freizeit und Freunde sowie auf ein eigenes Haus und Karriere orientiert. Für die Ostdeutschen sind Einkommen, Erwerbstätigkeit und damit verknüpfte Selbstverwirklichung und die Vereinbarkeitsaspekte zwischen Familie und Erwerbstätigkeit wichtiger. Eine Annäherung in den Wertorientierungen zwischen beiden Regionen Deutschlands ist seit 1992 nicht zu beobachten.
- Jüngere (20 – 39 Jahre) sind im Vergleich zu Älteren (40 Jahre und älter) stärker auf Anerkennung außerhalb der Familie, auf Freunde und Selbstverwirklichung sowie auf Karriere und Einkommen ausgerichtet. Ältere sehen ein schönes und geräumiges Haus, Urlaub und eine gute Ausbildung der Kinder als bedeutender an.

Ergänzend zu den allgemeinen Wertorientierungen haben wir dann gefragt, mit wie vielen Kindern man diese Werte noch relativ einfach verwirklichen kann. Mehrheitlich wurde geantwortet:

**1. Keine Kinder sollte man haben, wenn**

- a. man nach Selbstverwirklichung streben will,
- b. Mann und Frau jeweils eigenes Geld verdienen sollen,
- c. man im Beruf Karriere machen,
- d. genug Zeit für den Haushalt haben und voll-erwerbstätig sein möchte.

2. Höchstens ein Kind kann man haben, wenn

- a. man über genügend Geld verfügen möchte und
- b. einmal im Jahr Urlaub machen will.

3. Mehr als ein Kind kann man haben, wenn

- a. man genug Zeit für sich und seine Interessen haben möchte,
- b. genug Zeit für Freunde haben will,
- c. in einem schönen und geräumigen Haus leben will und
- d. seinen Kindern eine gute Ausbildung geben möchte.

4. Als unabhängig von der Kinderzahl wird

- a. ein harmonisches Zusammenleben mit dem Partner,
- b. die Anerkennung außerhalb der Familie,
- c. die gleichmäßige Aufteilung der Hausarbeit und
- d. die Liebe und Aufmerksamkeit für die Kinder angesehen.

Fasst man diese Ergebnisse zusammen, dann ist es der Faktor „Selbstverwirklichung, Karriere, Gleichberechtigung“, der am engsten mit der Orientierung auf Kinderlosigkeit verknüpft ist. Wer diese Lebensziele verwirklichen will, ist sehr häufig der Auffassung, dies am besten ohne Kinder realisieren zu können. Der „Kostenfaktor Kind“ führt eher zu einer Orientierung auf die Ein-Kind-Familie. Dagegen geht die Ausrichtung des Verhaltens auf Partner und Kinder, auf eine gleichberechtigte häusliche Arbeitsteilung und die Anerkennung außerhalb der Familie nicht mit der Favorisierung einer bestimmten Kinderzahl einher.

Materialisten und Postmaterialisten

Nach Ronald Inglehart unterscheidet man zwei Werttypen, die Materialisten und die Postmaterialisten sowie Mischformen aus beiden. Gebildet werden diese Typen nach der Bewertung der Wichtigkeit folgender Ziele: 1. Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Land, 2. Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Bundesregierung, 3. Kampf gegen steigende Preise und 4. Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung. Das erste und dritte Ziel zeigt materialistische Orientierungen an, das 2. und 4. Ziel bildet postmaterialistische Orientierungen ab. Daraus wird der nachfolgend dargestellte Inglehart-Index berechnet. Der Inglehart-Index ist ebenso umstritten, wie er seit vielen Jahren Teil soziologischer Befragungen ist. Wurde dabei in den 70er und 80er Jahren noch regelmäßig eine Dominanz materialistischer Orientierungen aufgefunden, haben inzwischen die postmaterialistischen Werte an Bedeutung gewonnen.

Die PPA-Studie zeigt für Deutschland eine komplette Polarisierung zwischen beiden Werttypen. 50,9 % der Befragten vertreten postmaterialistische Werte oder gehören zum

postmaterialistischen Mischtyp. 49,1 % sind materialistisch orientiert oder bilden den materialistischen Mischtyp. Im Detail haben wir folgende Verteilung aufgefunden:

- 20,8 % Postmaterialisten,
- 30,1 % postmaterialistischer Mischtyp,
- 20,0 % Materialisten,
- 29,1 % materialistischer Mischtyp.

Für die West- und Ostdeutschen gilt auch beim Inglehart-Index: Vereint leben, aber getrennt denken. Nach Inglehart gedeiht Postmaterialismus in Wohlfahrtsstaaten auf der Basis hoher sozialer Sicherheit. Danach war für die neuen Bundesländer aufgrund der schwierigeren sozialen Situation ein niedriger Anteil an postmaterialistischen Orientierungen zu erwarten. Dieses Ergebnis ist auch eingetreten. In Westdeutschland betrug der Anteil der Postmaterialisten 22,7 % und in Ostdeutschland 13,3 % und der Anteil der Materialisten 18,9 bzw. 24,4 %. Nach Inglehart sind solche grundsätzlich unterschiedlichen Wertmuster Basis für spezifische Einstellungen in einer Vielzahl von Lebensbereichen.

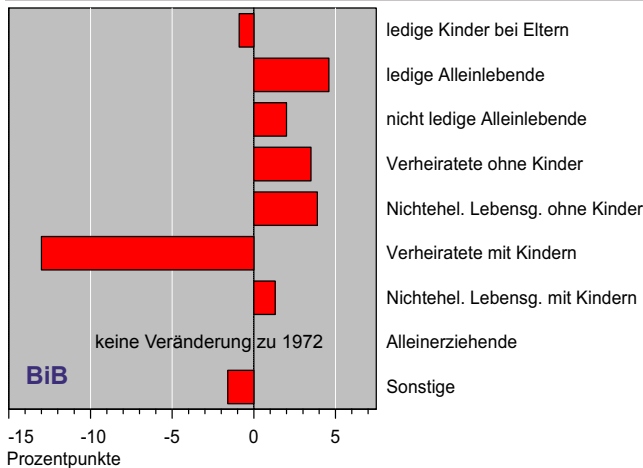


7. Einstellungen zu Ehe, Familie und anderen Lebensformen

Ehe und Familie haben keinen Bedeutungsverlust erlitten. Es hat sich aber eine ausgeprägte Toleranz gegenüber Lebensformen eingestellt, die nicht auf der Ehe beruhen. Die Familie ist in ihrer traditionellen Form kein Wert an sich mehr, sondern es geht vielmehr um tatsächlich gelebte Beziehungen. Ehen müssen nicht geführt werden, nur weil es am besten ist, verheiratet zu sein. Mann und Frau müssen nicht verheiratet sein, um zusammen zu leben. Und wenn dabei keine Heiratsabsichten vorliegen, wird dies in hohem Maße akzeptiert.

Die demographische Situation - Lebensformen im Wandel

Veränderung der Lebensformen der über 18-Jährigen in Westdeutschland, 1972 - 2000 (in %-Punkten)



Quelle: Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik, 2003, S. 24

Die Vergleiche der Ergebnisse des Mikrozensus aus den Jahren 1972 und 2000 zeigen einen deutlichen Wandel in den Lebensformen in Westdeutschland. Es sind nicht generell neue Lebensformen hinzugekommen, sondern es hat eine Anteilsverschiebung zuungunsten der Familien stattgefunden (-13,0 %-Punkte). Zuwächse hat es vor allem bei den alleinlebenden Ledigen (+ 4,6), den nichtehelichen Lebensgemeinschaften ohne Kinder (+ 3,9) sowie den verheiratet Zusammenlebenden ohne Kinder (+3,5) gegeben. In Ostdeutschland ist in den 90er Jahren ebenfalls ein Rückgang des Anteils der Verheirateten mit Kindern eingetreten.

Ungeachtet der oben beschriebener Veränderungen ist die auf Ehe gegründete Familie die am häufigsten gewählte Lebensform in Deutschland geblieben. 57,8 % der Frauen in Deutschland im Alter von 30 bis 44 Jahren gehören zu dieser Lebensform. Unter den Verheirateten mit Kindern haben Familien mit zwei Kindern mit 28,3 % den höchsten Anteil inne, gefolgt von denen mit einem Kind (18,9 %). Die drittgrößte Gruppe wird von den Alleinlebenden mit 11,4 % gebildet. Beachtenswert ist der hohe Anteil kinderloser Frauen von 26,8 %. Dieser Anteil ist in Westdeutschland höher, während in Ostdeutschland höhere Anteile der Ein-Kind-Familien zu verzeichnen sind.

Lebensformen der Frauen in der Altersgruppe 30 - 44 Jahre in Deutschland, 2002 (in %)

Lebensformen	Kinderzahl				Alle
	0	1	2	3+	
Ehepaare ohne Kinder	10,2	10,2
Ehepaare mit Kind(ern)	...	18,9	28,3	10,6	57,8
Alleinerziehende	...	5,8	3,4	1,1	10,3
NEL ohne Kinder	5,1	5,1
NEL mit Kindern	...	2,9	1,5	0,5	4,9
Alleinlebende	11,4	11,4
Insgesamt	26,8	27,6	33,3	12,3	100,0

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2002



Die Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study - Einstellungen zu Lebensformen

Obwohl die Heiratsneigung seit langem rückläufig ist und die Verbreitung nichtfamiliärer Lebensformen zunimmt, genießen Ehe und Familie nach wie vor eine hohe Wertschätzung. Nur knapp ein Viertel der Deutschen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren ist der Ansicht, dass die Ehe eine überholte Einrichtung ist. Eine deutliche Mehrheit von 87 % würde es begrüßen, wenn dem Familienleben in Zukunft

mehr Bedeutung beigemessen werden würde. Im Vergleich mit der vom BiB im Jahr 1992 durchgeführten Befragung hat damit zwar die Familienorientierung etwas abgenommen, gleichwohl kann von einem Bedeutungsverlust von Ehe und Familie nicht die Rede sein. Auch andere Untersuchungen kommen immer wieder zu diesem Ergebnis.

Tab. 10: Zustimmung und Ablehnung von Lebensformen (in %)

Aussage	Zustimmung	Ablehnung
1. Die Ehe ist eine überholte Einrichtung	23,7	76,3
2. Eine schlechte Ehe ist besser als überhaupt keine Ehe	5,1	94,9
3. Verheiratete sind normalerweise glücklicher als nicht Verheiratete	28,1	71,9
4. Zusammenleben von Mann und Frau ist nur in einer Ehe akzeptabel	11,7	88,3
5. Zusammenleben ohne Heiratsabsicht ist in Ordnung	86,1	13,9
6. Wenn Kinder geplant sind, sollte man heiraten	45,6	54,4
7. Um glücklich aufzuwachsen, braucht ein Kind ein Zuhause mit Vater und Mutter	72,0	28,0
8. Ein Elternteil kann ein Kind genauso gut erziehen wie beide Eltern zusammen	48,3	51,7

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study

Andererseits ist eine relativ hohe Toleranz gegenüber „neuen“ Lebensformen zu verzeichnen. Für 86 % der Befragten ist es in Ordnung, wenn ein Paar unverheiratet zusammenlebt. Und etwas mehr als die Hälfte der Deutschen hält es nicht unbedingt für notwendig zu heiraten, wenn ein Kind geplant ist. Dass ein Elternteil ein Kind genauso gut erziehen kann wie beide Eltern zusammen, glauben 48 % (Tab. 10).

Der Familie wird also nach wie vor große Bedeutung beigemessen, allerdings nicht unbedingt in deren traditioneller Form. Die Ehe ist kein Wert mehr an sich, vielmehr geht es um die tatsächlich gelebten Beziehungen. Besonders deutlich zeigt sich dies an der klaren Ablehnung der Aussage, eine schlechte Ehe sei besser als überhaupt keine Ehe. Auch sind

nur 28 % der Meinung, dass verheiratete Menschen normalerweise glücklicher sind als nicht verheiratete. Erst wenn Kinder ins Spiel kommen, richten sich die Vorstellungen stärker an der „Normalfamilie“ aus. Dann wird das eheliche Zusammenleben eher befürwortet, ein Zuhause mit Vater und Mutter wird von der Mehrheit als notwendig für das glückliche Heranwachsen von Kindern erachtet.

Die Menschen in den alten und neuen Bundesländern unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Familienorientierung nur wenig. Ehe und Familie genießen in beiden Teilen Deutschlands ähnlich hohe Wertschätzung. Allerdings sind die Vorstellungen der ostdeutschen Bevölkerung weniger an der Normalfamilie ausgerichtet. Die Meinung, man solle heiraten, wenn Kinder geplant sind, ist weniger verbreitet.



tet als im Westen und Alleinerziehende werden eher als einer „vollständigen“ Familie ebenbürtig betrachtet.

Erwartungsgemäß gibt es einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem Familienstand und der Einstellung zu Ehe und Elternschaft. Dass die Ehe eine überholte Einrichtung ist, meinen 41 % der Ledigen, aber nur 9 % der Verheirateten. Eine Notwendigkeit zur Eheschließung, wenn Kinder geplant sind, sehen 60 % der Verheirateten im Vergleich zu 28 % der Ledigen. Diejenigen, die sich für eine Ehe entschieden haben, messen dieser Lebensform also auch auf der normativen Ebene größere Bedeutung zu und zeichnen sich durch stärker familialistische Einstellungen aus als diejenigen, die (noch) nicht verheiratet sind. Ein ganz ähnliches Muster zeigt sich beim Vergleich zwischen Eltern und Kinderlosen. Offen bleibt dabei allerdings die Frage nach Ursache und Wirkung. Ein solcher im Querschnitt feststellbarer Zusammenhang sagt nichts darüber aus, ob familienorientierte Personen eher heiraten und Kinder bekommen oder ob sie sich - aus welchen Gründen auch immer - für eine Familie in ihrer traditionellen Form entscheiden und ihre Einstellung sozusagen nachträglich ihrem Verhalten anpassen. Letzteres ließe sich aus theoretischer Sicht als Strategie

zur Vermeidung kognitiver Dissonanz auffassen. Darüber hinaus sind Einstellungsunterschiede zwischen Ledigen und Verheirateten auch auf den Einfluss des Alters zurückzuführen. Jüngere, die in ihrer Mehrheit (noch) nicht verheiratet sind, orientieren sich in ihren Einstellungen und Meinungen weniger an konventionellen Lebens- und Familienformen als Ältere, die zu einem deutlich größeren Anteil verheiratet sind.

Wie bedeutsam partnerschaftliche und familiäre Bindungen sind, lässt sich auch an der Frage nach der persönlich bevorzugten Lebensform ablesen (Tab. 11). Nur 13 % der 30- bis 50-Jährigen würden am liebsten alleine leben. Eine klare Mehrheit von 84 % präferiert eine Form des Zusammenlebens mit einem Partner, was die ungebrochene Relevanz der Partnerschaft in unserer Gesellschaft eindrucksvoll demonstriert. Mit 46 % am relativ häufigsten gewünscht wird eine nichteheliche Lebensgemeinschaft mit anschließender Ehe. Damit ist dieses inzwischen weit verbreitete Muster auch auf der normativen Ebene anerkannt und akzeptiert. Nur 16 % der Deutschen im Alter zwischen 30 und 50 Jahren bevorzugen eine Ehe ohne vorheriges Zusammenleben und 11 % würden gerne ohne Heiratsabsicht in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft leben.

Tab. 11: Persönlich bevorzugte und tatsächlich realisierte Lebensform der 30- bis 50-Jährigen (in %)

Lebensform	bevorzugt	derzeit realisiert	Anteil an Übereinstimmung
1. Alleinlebend	12,8	24,6	37,8
2. Partnerschaft mit getrennten Haushalten	11,3	11,8	34,5
3. Nichteheliche Lebensgemeinschaft mit anschließender Ehe	45,6	38,8	85,4
4. Nichteheliche Lebensgemeinschaft ohne Heiratsabsichten	11,4		
5. Ehe ohne vorheriges Zusammenleben	15,6	23,7	54,0
6. Wohngemeinschaft mit mehr als zwei Personen	3,3	1,0	34,2

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study



Bei einem Vergleich der bevorzugten mit der tatsächlich realisierten Lebensform zeigen sich vor allem bei den Alleinlebenden und den in einer Partnerschaft ohne gemeinsamen Haushalt Lebenden niedrige Übereinstimmungswerte. Für 38 % der Alleinlebenden und 35 % der in einer Partnerschaft mit getrennten Haushalten Lebenden ist diese Lebensform auch die gewünschte. Jeweils knapp zwei Drittel würden gerne anders leben. Mit zusammengekommen 85 % der höchste Anteil an Übereinstimmung zeigt sich bei den Verheirateten, die bereits vor der Eheschließung zusammengelebt haben und den in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft Lebenden. Diejenigen, die ohne vorheriges Zusammenleben geheiratet haben, halten dies in über der Hälfte der Fälle auch persönlich für sich am wünschenswertesten. Von den verbleibenden 46 % hätten die meisten gerne bereits vor der Ehe mit dem Partner zusammengelebt.

Insgesamt betrachtet stimmt bei rund 60 % der Befragten die bevorzugte mit der derzeit realisierten Lebensform überein. Offensichtlich ist also die persönliche Präferenz nur ein Bestimmungsfaktor der Wahl einer Lebensform und nicht selten führen äußere Umstände zu davon abweichendem Verhalten. So ist das Alleinleben oft schlicht das Resultat des Fehlens eines passenden Partners und die getrennte Haushaltsführung von Paaren ist in Zeiten flexiblierter Arbeitsmärkte wahrscheinlich oft beruflich bedingt.

Abschließend sei auf die Unterschiede in den bevorzugten Lebensformen der West- und Ostdeutschen hinsichtlich des Zusammenlebens mit Kindern hingewiesen. In diesem Kontext interessieren besonders die Einstellungen der jüngeren Bevölkerung im Alter von 20 bis 39 Jahren.

Festzustellen ist, dass für beide Regionen Deutschlands nach wie vor die Maxime „wenn Kinder dann Ehe“ gilt. Von denjenigen in Westdeutschland, die mit Kindern leben wollen, bevorzugen 60,4 % die Partnerschaftsform Ehe, die vorher aber bereits als nichteheliche Lebensgemeinschaft bestanden hat (Tab. 12). In Ostdeutschland sind dies 52,4 %. Es zeigt sich, dass die Ostdeutschen das Zusammenleben mit Kindern ohne Ehe stärker befürworten. 16,9 % haben als bevorzugte Lebensform die nichteheliche Lebensgemeinschaft mit Kindern, aber ohne Heiratsabsichten angegeben. Im Westen sind es nur 7,8 %.

Wünscht man sich keine Kinder, dann wird ein Leben als Single angestrebt. 42,5 der Ostdeutschen und 36,1 % der Westdeutschen wollen dies im Fall von Kinderlosigkeit tun. Als nächst häufigste Lebensform wird dann das Living Apart Together angestrebt (Westen 22,1 %, Osten: 22,5 %). Will man keine Kinder, dann ist auch Ehe weitgehend uninteressant. Insgesamt 17,7 % im Westen und sogar nur 10,1 % im Osten wollen heiraten, aber keine Kinder haben.

Tab. 12: Persönlich bevorzugte Lebensform mit bzw. ohne Kinder in West- und Ostdeutschland in der Altersgruppe von 20 bis 39 Jahren (in % / Spalte = 100 %)

Lebensform	West		Ost	
	mit Kinder	ohne Kinder	mit Kinder	ohne Kinder
1. Alleinlebend	3,7	36,1	5,8	42,5
2. Partnerschaft mit getrennten Haushalten	6,0	22,1	7,4	22,5
3. Nichteeliche Lebensgemeinschaft mit anschließender Ehe	60,4	16,0	52,4	8,8
4. Nichteeliche Lebensgemeinschaft ohne Heiratsabsichten	7,8	18,7	16,9	17,5
5. Ehe ohne vorheriges Zusammenleben	14,8	1,7	12,8	1,3
6. Andere	7,3	5,4	4,7	7,4

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study

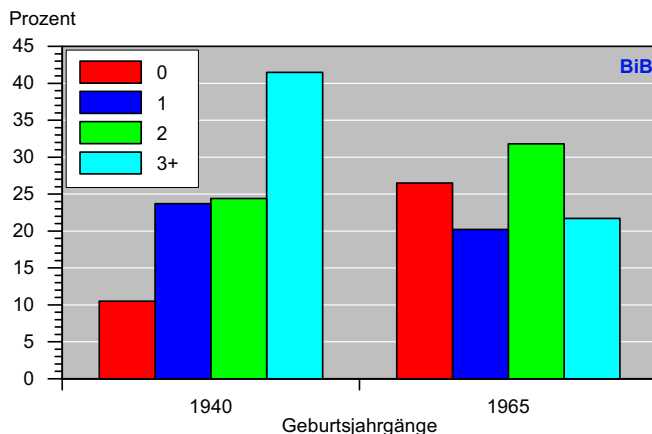


8. Eine Familie gründen oder kinderlos bleiben?

In Deutschland werden immer weniger Kinder gewünscht. Der Kinderwunsch hat sich in den letzten Jahren der niedrigen Geburtenhäufigkeit angepasst. Er orientiert zwar noch immer bei der Mehrheit auf die Zwei-Kinder-Familie, aber auch der Wunsch, keine Kinder haben zu wollen, ist deutlich erkennbar. Für die Erfüllung des Kinderwunsches spricht ausschließlich die starke emotionale Bindung an Kinder. Gegen die Erfüllung steht vor allem die Partnersituation. Kinder werden sehr spät im Lebensverlauf geboren. Beginnt dann die biologische Uhr zu ticken und ist der richtige Partner nicht gefunden worden, wird der Kinderwunsch kaum noch erfüllt.

Die demographische Situation - Familiengründung

Frauen nach der Anzahl der geborenen Kinder in den Geburtsjahrgängen 1940 und 1965

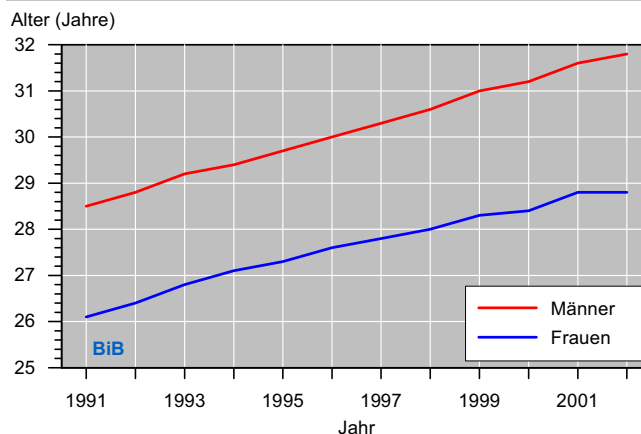


Datenquelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Das generative Verhalten hat sich in den Geburtsjahrgängen zwischen 1940 und 1965 grundlegend verändert. Erstens ist der Anteil großer Familien deutlich gesunken. Hatten die Frauen des Jahrgangs 1940 noch zu 41,5 % drei und mehr Kinder geboren, sind dies im Jahrgang 1965 nur noch 21,7 %. Zweitens ist der Anteil kinderloser Frauen erheblich angestiegen (Geburtsjahrgang 1940: 10,5 %; 1965: 26,5 %). Es ist in den jüngeren Geburtsjahrgängen eine Dominanz der Zwei-Kind-Familie bei hoher Kinderlosigkeit eingetreten, womit eine Polarisierung zwischen Familien und unverheirateten Kinderlosen entstanden ist.

In Deutschland wie in vielen anderen Ländern hat sich das Muster der späten Heirat und der späten Familiengründung etabliert. Im Jahr 2002 waren Frauen bei der Erstheirat 28,8 Jahre und Männer bereits 31,8 Jahre alt. 36,6 % aller Eheschließungen lediger Frauen finden nach dem 29. Lebensjahr statt. Ähnliches gilt für die Geburt von Kindern. Das Erstgebäralter hat sich auf 29,3 Jahre erhöht. 53,9 % aller Kinder werden nach dem 29. Lebensjahr der Mutter geboren. Diese Situation verstärkt das Entstehen von Kinderlosigkeit. Es tritt öfter unfreiwillige Kinderlosigkeit auf und es wird schwieriger, zur Erfüllung des Kinderwunsches den richtigen Partner zu finden.

Durchschnittsalter bei der Erstheirat von Frauen und Männern in Deutschland, 1991 - 2002



Datenquelle: Statistisches Bundesamt



Die Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study - Gründe für und gegen Kinder und Ursachen später Eheschließungen

Die demographischen Analysen haben uns gezeigt, dass zumindest in Westdeutschland nahezu ein Drittel der jüngeren Bevölkerung nicht heiratet und kinderlos bleibt. Die damit in Zusammenhang stehende niedrige Geburtenhäufigkeit in Deutschland ist inzwischen ein hinlänglich bekanntes Phänomen. Die niedrige Geburtenhäufigkeit geht einher mit der Tatsache, dass Ehen immer später geschlossen und Kinder immer später geboren werden. In einer demographisch relevanten Befragung haben wir uns natürlich mit den Ursachen dieser Trends, den Wünschen nach Kindern, den Gründen, die gegen die Geburt von Kindern stehen und den Bedingungen für die späte Familiengründung befasst.

Kinder und Familie werden nach wie vor gewünscht. Ca. 80 % der Befragten im Alter zwischen 20 und 39 Jahren wollen Kinder haben oder leben bereits mit Kindern zusammen. Das ist ein Ergebnis, das bereits aus vielen Forschungen zum Kinderwunsch bekannt ist. Als neu ist die Erkenntnis einzustufen, dass immer weniger Kinder gewünscht werden. Frauen wollen im Durchschnitt 1,74 und Männer 1,57 Kinder haben. West-Ost-Unterschiede sind im Durchschnitt kaum noch anzutreffen. Der Kinderwunsch der Frauen ist im Osten mit 1,78 Kindern (Westen: 1,73) etwas höher und bei den Männern mit 1,46

Kindern (Westen: 1,59) etwas niedriger. Es sind also vor allen Dingen die Männer, die ihren Kinderwunsch deutlich reduziert haben.

Im Detail konnten folgende Verteilungen der Zahl gewünschter Kinder ermittelt werden (in %):

	West		Ost	
	Fr.	Mä.	Fr.	Mä.
keine Kinder	16,6	27,2	5,8	21,1
ein Kind	14,5	13,0	28,7	24,2
zwei Kinder	53,7	40,0	50,6	45,0
drei Kinder	11,6	16,2	11,6	7,6
vier und mehr	3,7	3,5	3,3	2,0
Durchschnittliche Kinderzahl	1,73	1,59	1,78	1,46

Sieht man sich die Verteilungen nach der Kinderzahl an, ist noch immer eine Orientierung auf die Familie mit zwei Kindern zu beobachten. 53,1 % der Frauen und 40,9 % der Männer im Durchschnitt für Deutschland favorisieren diese Familiengröße. Die zweitgrößte Gruppe sind aber bereits diejenigen, die keine Kinder haben wollen. 14,6 % der Frauen und 26,3 % der Männer gaben an, sich keine Kinder zu wünschen. Ausgeprägt ist dies insbesondere bei den westdeutschen Männern (27,2 %), während Frauen in Ostdeutschland nur zu 5,8 % kinderlos bleiben wollen.

Tab. 13: Bedeutung von Kindern für Eltern, Deutschland (Anteile der Antworten „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“ / in %)

Aussage	%
1. Ich habe Kinder gern, weil sie einem das Gefühl geben, wirklich gebraucht zu werden	68,6
2. Die engste Beziehung, die man überhaupt zu jemandem haben kann, ist die Beziehung zum eigenen Kind	67,6
3. Ich genieße es immer, wenn ich Kinder um mich habe	67,3
4. Wenn man sich als Vater oder Mutter bewährt hat, kann man mit seinem Leben rundum zufrieden sein	61,0
5. Ich glaube, dass man auch ohne Kinder glücklich sein kann	57,7
6. Glücklich und zufrieden kann man sich in unserer heutigen modernen Welt nur in der Familie, zu Hause mit seinen Kindern fühlen	45,8
7. Kinder zu haben ist eine Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft	45,5

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study



Tab. 14: Gründe gegen ein (weiteres) Kind, Frauen, Deutschland nach Altersgruppen (Anteile der „sehr wichtig“ und „wichtig“ Antworten / in %)

Grund	Altersgruppen		
	20-29	30-39	40-49
1. Ich lebe alleine und habe keinen festen Partner	83,1	74,4	56,3
2. Ich habe schon so viele Kinder, wie ich möchte, bzw. ich möchte keine Kinder	41,7	76,2	80,1
3. Ich mache mir zu viele Sorgen darüber, welche Zukunft meine Kinder erwartet	59,4	55,2	53,9
4. Ich möchte meinen jetzigen Lebensstandard beibehalten	61,8	52,4	47,2
5. Ein (weiteres) Kind würde zu hohe Kosten verursachen	47,8	41,4	42,6
6. Ich bin / Mein Partner ist zu alt	11,8	20,8	58,6
7. Mein Partner ist dagegen	31,6	25,5	36,7
8. Ich könnte mein Leben nicht mehr so genießen wie bisher	39,9	27,8	29,6
9. Ich könnte es nicht mit meiner Berufstätigkeit vereinbaren	41,6	35,7	36,1
10. Ich müsste Freizeitinteressen aufgeben	44,5	22,0	23,2
11. Mein Gesundheitszustand erlaubt es nicht	25,9	20,5	29,0
12. Meine Partnerschaft funktioniert nicht so, wie ich es mir vorstelle	26,6	17,1	20,8

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study

Wenn auch in den Durchschnittsdaten keine West-Ost-Unterschiede mehr auffindbar sind, zeigt die Aufteilung des Kinderwunsches nach der Kinderzahl noch immer Besonderheiten. Im Osten ist der Kinderwunsch weniger auf Kinderlosigkeit, dafür aber mehr auf die Ein-Kind-Familie ausgerichtet.

Die deutliche Orientierung auf Kinderlosigkeit ist aus Kinderwunschforschungen in diesem Ausmaß bisher nicht bekannt und zeigt, dass bereits im Wunsch nach Kindern eine Polarisierung angelegt ist, also eine Vorentscheidung zwischen Kinderhaben und kinderlos bleiben, getroffen wird. Dies gilt als ein Indiz der Ausbreitung freiwilliger Kinderlosigkeit.

Nicht überraschend ist hingegen der geringe Wunsch nach 3 und mehr Kindern. 15,3 % der Frauen und 17,8 % der Männer wollen drei oder mehr Kinder haben.

Ein noch deutlicheres Bild über den niedrigen Kinderwunsch ergibt sich, wenn man nur die Aussagen der Kinderlosen im Alter zwischen 20 und 39 Jahren betrachtet. Sie wünschen sich im Durchschnitt nur 1,3 Kinder. 36 % der Kinderlosen wollen auch kinderlos bleiben. 10 % möch-

ten ein Kind, 43 % hätte gern 2 Kinder und 8 % möchten 3 Kinder. Ein beachtlicher Teil der Befragten in dieser Altersgruppe (27 %) hat noch keine Vorstellung über die zukünftige Kinderzahl. Auch in dieser Gruppe ist die Orientierung auf die Zwei-Kind-Familie erkennbar.

Bei der Antwort auf die Frage nach der Bedeutung von Kindern wurden, wie nicht anders zu erwarten, am stärksten die emotionalen Aspekte der Beziehung zu Kindern betont (**Tab. 13**). Man hat Kinder gern, weil sie einem das Gefühl geben, gebraucht zu werden, die Enge der Beziehung zu Kindern und die Freude am Zusammensein mit Kindern sind von den Befragten herausgestellt worden. Ein anderes Ergebnis erhält man, wenn nur die Antworten der Kinderlosen betrachtet werden. Hier wird am häufigsten der Aussage „man kann auch ohne Kinder glücklich sein“ zugestimmt.

Welche Gründe nun gegen die Verwirklichung der Kinderwünsche sprechen, zeigt **Tabelle 14**. Am häufigsten wurden neben den Gründen, die sich aus besonderen Situationen in unterschiedlichem Lebensalter ergeben, diejenigen Gründe genannt, die mit der privaten Lebenssituation verbunden sind.



Es bedarf keiner weiteren Erklärung, dass die über 30-Jährigen und insbesondere die über 40-Jährigen am häufigsten sagen, dass sie keine Kinder mehr möchten, weil ihr Kinderwunsch bereits erfüllt ist oder man sich als zu alt sieht.

Unter den privaten Lebensumständen ist es vor allem die Partnersituation (man lebt allein oder hat keinen festen Partner), die die Erfüllung des Kinderwunsches verhindert. Nicht verwunderlich ist, dass 83,1 % der unter 30-Jährigen diesen Grund als sehr wichtig oder wichtig einstufen. Aber auch bei den Frauen in der Altersgruppe von 30 bis 39 Jahren spielt dieser Grund eine wichtige Rolle (74,4 %)

In den nachfolgenden Argumenten kommen die Ängste über die Zukunft, die das Kind erwarten würde und die hohen Kinderkosten zum Ausdruck. Sorgen über die Zukunft der Kinder sind in allen drei Altersgruppen ähnlich stark ausgeprägt. Zwischen 59,4 % (20- bis 29-Jährige) und 53,9 % (40- bis 49-Jährige) hielten diesen Grund für wichtig oder sehr wichtig. Sorgen darüber, dass sich der Lebensstandard verschlechtern könnte, sind bei den Jüngeren mit weniger gesicherten sozialen Positionen stärker ausgeprägt. 61,8 % der unter 30-Jährigen gaben diesem Grund eine sehr hohe Bedeutung. In den nachfolgenden Altersgruppen gehen die Anteile der „sehr wichtig“ und „wichtig“ Antworten auf 52,4 % bzw. 47,2 % zurück, bleiben im Vergleich mit anderen Gründen aber auf einem relativ hohen Niveau. Als ähnlich bedeutsam wird ein Grund gesehen, der ebenfalls den Kostenfaktor abbildet. „Ein (weiteres) Kind würde zu hohe Kosten ver-

ursachen“ ist von 47,8 % (Altersgruppe 20 - 29 Jahre), 41,4 % (30 - 39 Jahre) und 42,6 % (40 - 49 Jahre) als „wichtig“ oder „sehr wichtig“ bewertet worden.

Danach folgen noch mal persönliche Gründe, die gegen die Geburt von Kindern sprechen, denen aber bereits deutlich weniger Bedeutung beigemessen wurde. Man ist der Auffassung, dass man zu alt für ein (weiteres) Kind ist bzw. der Partner ist gegen die Geburt eines Kindes.

Eine relativ niedrige Bedeutung ist den freizeit- und berufsrelevanten Argumenten beigemessen worden. „Ich könnte mein Leben nicht mehr so genießen“, „ich könnte es nicht mit der Berufstätigkeit vereinbaren“ oder „ich müsste die Freizeitinteressen aufgeben“ spielen als Gründe gegen die Erfüllung des Kinderwunsches kaum eine Rolle. Allerdings sollte nicht übersehen werden, dass gerade bei den jüngeren Befragten diese Gründe eine höhere Bedeutung als bei den Älteren besitzen. Der Gesundheitszustand und Krisen in der Partnerschaft sind nahezu bedeutungslos.

Kinderlosigkeit ist zumindest in Westdeutschland inzwischen zu einem Massenphänomen geworden und ist damit auch für die niedrige Geburtenhäufigkeit verantwortlich. In diesem Kontext ist es von Interesse zu wissen, warum Kinderlose keine Kinder wollen. Auch von ihnen wurden das Fehlen eines geeigneten Partners und die Sorgen über die Zukunft des Kindes an erster Stelle genannt. Bei ihnen spielen dann aber die Beibehaltung des Lebensstandards, das Argument, das Leben nicht mehr so

Tab. 15: Folgen des Zusammenlebens mit Kindern, Frauen und Männer, Deutschland (Anteile der „stimme voll und ganz“ und „stimme eher zu“ Antworten / in %)

Aussage	%
1. Auf Kinder wird im Straßenverkehr zu wenig Rücksicht genommen	72,0
2. Eltern bekommen Probleme mit ihren Nachbarn, wenn ihre Kinder laut sind	65,9
3. In der Nachbarschaft gibt es zu wenig Spielplätze für Kinder	53,9
4. Es ist schwierig, mit kleinen Kindern öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen	52,2
5. Es ist Eltern oft peinlich, wenn ihr Kind in Geschäften, Ämtern oder an ähnlichen Orten weint	48,4

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study



Tab. 16: Gründe für das Aufschieben der Eheschließung, Frauen und Männer, Deutschland (Anteile der „sehr wichtig“ und „wichtig“ Antworten / in %)

Grund	%
1. Der wachsende Wunsch junger Menschen nach Unabhängigkeit und Selbständigkeit	75,5
2. Die Probleme für junge Menschen, eine Arbeit zu finden	73,7
3. Die zunehmende Akzeptanz von nichtehelichen Lebensgemeinschaften	61,9
4. Die Weigerung, Verantwortung zu übernehmen	59,3
5. Einkommen, die für eine Heirat zu niedrig sind	58,3
6. Die sinkende Wertschätzung der Ehe	57,1
7. Die Möglichkeit intimer Beziehungen auch außerhalb der Ehe	50,5
8. Die Vorteile und Annehmlichkeiten, die es mit sich bringt, wenn man bei den Eltern wohnt	49,4
9. Dass mit der späteren Geburt der Kinder auch die Heirat aufgeschoben wird	47,5
10. Die schwierige Lage auf dem Wohnungsmarkt	47,0

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study

genießen zu können und die hohen Kinderkosten eine viel größere Rolle als im Durchschnitt der Befragten.

Wie viele Kinder geboren werden, hat auch mit dem familienfreundlichen Klima in der Gesellschaft zu tun. Franz-Xaver Kaufmann hat in diesem Kontext das Konzept von der strukturellen Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft gegenüber den Familien entwickelt. Es besagt, dass in den Bereichen Wirtschaft, Gesellschaft und Bildung zu wenig auf die Belange von Familien eingegangen wird. Dies lässt sich nur an ganz konkreten Sachverhalten beurteilen, von denen wir einige alltägliche Bedingungen des Lebens mit Kindern in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt haben. Es zeigt sich, dass die Befragten vor allen Dingen der Auffassung sind, dass auf die Belange der Kinder im Straßenverkehr zu wenig Rücksicht genommen wird und dass es eine Intoleranz im Wohnumfeld gegenüber Kindern gibt, wenn diese laut sind. 72,0 % und 65,9 % stimmen diesen Aussagen zu (Tab. 15). Weniger kritisch wird das Vorhandensein von Kinderspielplätzen in der Nachbarschaft und die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel mit kleinen Kindern gesehen.

Eine niedrige Geburtenhäufigkeit geht in aller Regel mit einer späten Geburt der Kinder einher. Die Gründe für das Aufschieben des Beginns der

Familienbildung werden vor allem in veränderten Einstellungen der jüngeren Bevölkerung und der wirtschaftlichen Situation gesehen (Tab. 16). Die mit Abstand als am Wichtigsten eingestuften Argumente sind das Streben junger Menschen nach Unabhängigkeit und Selbständigkeit und die Probleme, Arbeit zu finden. Als wichtig für die späte Familiengründung wurden auch die Akzeptanz nichtehelicher Lebensgemeinschaften und die Weigerung, die mit einer Familiengründung entstehende Verantwortung zu übernehmen, genannt. Als ähnlich wichtig wurden die für eine Heirat zu niedrigen Einkommen und die sinkende Wertschätzung der Ehe eingestuft.

In Ostdeutschland werden in stärkerem Maße materielle Gründe (die Probleme junger Menschen, eine Arbeit zu finden und zu niedrige Einkommen) als Ursachen für aufgeschobene Eheschließungen angenommen. Veränderte Einstellungen zur Institution Ehe, die sinkende Wertschätzung der Ehe und die stärkere Akzeptanz nichtehelicher Lebensgemeinschaften werden dagegen weniger als verursachend angesehen. Auch wird den jungen Menschen im Osten weniger unterstellt, dass sie sich weigern, Verantwortung durch Familienbildung zu übernehmen.



9. Erwartungen an die Familienpolitik

Generell bestehen in der Bevölkerung sehr hohe Erwartungen an die Familienpolitik. Die höchste Zustimmung erfahren Maßnahmen, die auf das Vereinbaren von Familie und Erwerbstätigkeit gerichtet sind. Flexibilisierung der Arbeitszeiten, Tagesbetreuung für Kinder ab dem dritten Lebensjahr und Teilzeitarbeitsmöglichkeiten sind sehr erwünschte Maßnahmen, da sie helfen, den Kinderwunsch zu erfüllen.

Familienpolitische Themen und Leistungen - eine Auswahl

Allianz für die Familie

Die „Allianz für die Familie“ will auf Initiative von Renate Schmidt und Liz Mohn Zeichen setzen für eine nachhaltige Familienpolitik. Sie basiert auf dem Konsens, dass

- unsere Gesellschaft eine höhere Geburtenrate braucht,
- unsere Wirtschaft auf qualifizierte Arbeitskräfte und eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen angewiesen ist,
- unsere Kinder eine frühe Förderung, Bildung und Erziehung benötigen.

Gleichstellung

Die Bundesregierung trägt damit auch dem Wandel der Familie Rechnung. Die Zeiten, in denen Aufgaben in Familie und Haushalt ausschließlich von der Frau und die Erwerbsarbeit vom Mann geleistet wurden, gehören der Vergangenheit an. Frauen verfügen über eine ebenso gute Ausbildung und fordern ihren Platz in der Arbeitswelt.

Lokale Bündnisse für Familien

Die „Initiative Lokale Bündnisse für Familien“ findet großen Anklang: 64 Bündnisse, von Oldenburg bis Augsburg und von Köln bis Leipzig, sind nach einem halben Jahr bereits erklärte Partner der Initiative.

Vereinbarkeit

Bundesministerin Renate Schmidt erklärte: „Für ein geglücktes Familienleben brauchen Eltern und Kinder Zeit füreinander. Die Arbeitgeber sind gefordert, vernünftige Arbeitsbedingungen für Väter und Mütter anzubieten, damit sie ihre familiären und beruflichen Pflichten gleichermaßen erfüllen können.“

Kinderbetreuung

Wir wollen einen Ausbau der Kinderbetreuung erreichen, die frühkindliche Förderung ins Zentrum rücken und die Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung stärken. Beim Ausbau setzen wir auf ein bedarfsgerechtes Angebot für alle Altersgruppen: zeitlich flexibel, bezahlbar und vielfältig,

Leistungen der Familienpolitik (Auszüge)

- Kindergeld gibt es für alle Kinder bis zum 18. Lebensjahr - für erste, zweite und dritte Kinder monatlich 154 Euro und für vierte und weitere Kinder monatlich 179 Euro.
- Mütter oder Väter, die ihr neugeborenes Kind selbst betreuen, erhalten bis zum 24. Lebensmonat des Kindes ein Erziehungsgeld von höchstens 300 Euro monatlich.
- Erwerbstätige Mütter und Väter haben Anspruch auf Elternzeit zur Betreuung ihres neugeborenen Kindes bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes.
- Während der Mutterschutzfristen - 6 Wochen vor und in der Regel 8 Wochen nach der Geburt eines Kindes - erhalten Arbeitnehmerinnen ein Mutterschaftsgeld.
- Für Mütter oder Väter der Geburtsjahrgänge ab 1921 in den alten Ländern und ab 1927 in den neuen Ländern werden Kindererziehungszeiten als Pflichtbeitragszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung gutgeschrieben.
- Ehegatten können zwischen getrennter Besteuerung ihrer Einkommen und einer Zusammenveranlagung wählen (Ehegattensplitting).

Quelle aller Zitate und Leistungen: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (www.bmfsfj.de)



Die Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study - Erwartungen an die Familienpolitik

Den Befragten sind 13 mögliche Maßnahmen der Familienpolitik zur Bewertung vorgelegt worden (**Tab. 17**). In die Analyse einbezogen wurden nur die Antworten der 20- bis 39-Jährigen.

Generell zeigen sich in den gegebenen Antworten die hohen Erwartungen in der Bevölkerung an die Familienpolitik. Die überwiegende Mehrheit hat alle diese familienpolitischen Möglichkeiten als wichtig und sehr wichtig eingestuft.

Bei der Bewertung im Einzelnen zeigt sich, dass Maßnahmen, die auf das Vereinbaren von Familie und Erwerbstätigkeit ausgerichtet sind, insbesondere auf die Gestaltung der Arbeitszeiten, die höchste Zustimmung erfahren haben. Als die drei wichtigsten Maßnahmen werden flexible Arbeitszeiten für berufstätige Eltern mit kleinen Kindern (90,3 % „sehr wichtig“ und „wichtig“) und bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern ab drei Jahren bis zum Schulalter (89,4 %) sowie mehr und bessere Möglichkeiten für Eltern zur Teilzeitarbeit (89,4 %) angesehen. Hierin kommt eine ausgeprägte Orientierung der jüngeren Bevölkerung auf das Vereinbaren von Familie und Erwerbstätigkeit zum Ausdruck. Als weniger wichtig wurden in den auf eine Verbesserung des Zeitregimes gerichteten Maßnahmen „bessere Regelungen zum Mutterschaftsurlaub“, „bessere Möglichkeiten der Tagesbetreuung bis zum dritten Lebensjahr“ und „Betreuungseinrichtungen für Kinder im Schulalter“ eingestuft.

Finanziell ausgerichtete Maßnahmen scheinen demgegenüber weniger bedeutsam zu sein. Auf den Rangplätzen vier und fünf finden sich zwei Maßnahmen (niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern und finanzielle Zuschüsse

Tab. 17: Rangfolge möglicher Maßnahmen der Familienpolitik, Frauen und Männer, 20 – 39 Jahre („sehr wichtig“ und „wichtig“ Antworten, in %)

Mögliche Maßnahme	%
1. Flexible Arbeitszeiten für berufstätige Eltern mit kleinen Kindern	90,3
2. Bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern ab drei Jahren bis zum Schulalter	89,4
3. Mehr und bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Eltern mit Kindern	89,4
4. Niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern für Eltern minderjähriger Kinder	87,2
5. Ein finanzieller Zuschuss für Familien mit Kindern, dessen Höhe vom Familieneinkommen abhängig ist	84,6
6. Bessere Regelungen zum Mutterschaftsurlaub für berufstätige Frauen	84,4
7. Finanzielle Unterstützung für Mütter oder Väter, die ihre Berufstätigkeit aufgeben, weil sie sich um ihre Kinder kümmern möchten, solange diese klein sind	83,3
8. Bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren	82,7
9. Betreuungseinrichtungen für Kinder im Schulalter vor und nach der Schule und in den Schulferien	81,8
10. Ein beträchtlicher Anstieg des Kindergeldes auf 250 Euro pro Kind und Monat	78,9
11. Verbesserung der Wohnsituation für Familien mit Kindern	77,9
12. Eine starke Verringerung der Ausbildungskosten	74,8
13. Ein finanzieller Zuschuss bei der Geburt eines Kindes	72,9

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study



Tab. 18: Folgen der wünschenswerten familienpolitischen Maßnahmen, Deutschland, Alter 20 – 39 Jahre (Zustimmung/Ablehnung in %)

Folge	Zustimmung	Ablehnung
1. Es wäre leichter für mich, so viele Kinder zu haben, wie ich mir wünsche	66,3	33,7
2. Ich würde mich wahrscheinlich für ein (weiteres) Kind entscheiden	53,0	47,0
3. Ich würde es mir noch einmal überlegen, ob ich nicht doch ein (weiteres) Kind möchte	52,7	47,3
4. Es würde mir ermöglichen, mein erstes/nächstes Kind früher zu bekommen	47,9	52,1
5. Ich möchte mit Sicherheit kein (weiteres) Kind	43,7	56,3

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study

für Familien mit Kindern), die eine kontinuierliche finanzielle Unterstützung bedeuten würden. Weniger gewünscht sind die Möglichkeiten, die Erwerbstätigkeit ganz aufzugeben, eine Erhöhung des Kindergeldes und eine einmalige Geburtenbeihilfe.

Sieht man sich die Bewertungen differenziert nach Frauen und Männern, West- und Ostdeutschland sowie Jüngeren (unter 40 Jahre) und Älteren (40 Jahre und älter) an, ändert sich die Rangfolge der Maßnahmen nur unwesentlich. In Westdeutschland wird mehr Wert auf eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten gelegt. In Ostdeutschland steht der Wunsch nach Kinderbetreuungseinrichtungen im Vordergrund. Generell werden mögliche familienpolitische Maßnahmen in Ostdeutschland im Vergleich zum Westen als wichtiger eingestuft. Dies gilt gleichermaßen für Frauen gegenüber Männern und für Jüngere gegenüber Älteren. Die höchsten familienpolitischen Erwartungen sind danach bei den jungen Frauen in Ostdeutschland anzutreffen.

In der ersten Erhebung des Population Policy Acceptance Survey 1992 waren ähnliche familienpolitische Maßnahmen zu bewerten. Der Vergleich zum Jahr 2003 zeigt an, dass in der Bevölkerung eine Orientierung in Richtung Vereinbarkeit stattgefunden hat. 1992 sind finanziell orientierte Maßnahmen deutlich höher bewertet worden als Maßnahmen, die das Zeitregime der Familie beeinflussen. Die Verbesse-

rung der Wohnsituation, niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern, die Erhöhung des Kindergeldes, Zuschüsse zum Familieneinkommen erschienen den Befragten damals am wichtigsten.

Nach der Bewertung der möglichen Maßnahmen haben wir dann die Frage gestellt, was es für Folgen für das Leben mit Kindern oder die Erfüllung des Kinderwunsches hätte, wenn die für wünschenswert angesehenen Maßnahmen tatsächlich Realität würden (Tab. 18). Bei der Beurteilung der Effekte von Familienpolitik sehen wir ein altbekanntes Bild. Die höchste Zustimmung (66,3 %) erfährt die Aussage, dass familienpolitische Maßnahmen das Erfüllen der Kinderwünsche erleichtern. 53,0 % haben geantwortet, dass sie sich wahrscheinlich für ein weiteres Kind entscheiden und 52,7 % würden es sich noch einmal überlegen. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten zeigt sich durch familienpolitische Maßnahmen bei der Entscheidung über die Geburt eines weiteren Kindes erreichbar. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang allerdings, dass es sich nicht um eine tatsächliche Entscheidungssituation handelt.

Auch an dieser Stelle steht uns wieder der Vergleich zu 1992 zur Verfügung. Die Effekte möglicher Maßnahmen sind Anfang der 90er Jahre deutlich kritischer gesehen worden. 42,0 % gaben an, dass sie über ein weiteres Kind nachdenken würden und nur 28,3 % hätten sich damals für ein weiteres Kind entschieden. Dies



Tab. 19: Zustimmung zu Aussagen zur Situation des Kindes im Kontext von außerhäuslicher Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit der Mutter in Deutschland (in %)

Aussage	%
1. Gut für die Entwicklung des Kindes, wenn sich auch andere darum kümmern	61,3
2. Kinder aus KITAS werden Probleme haben	27,3
3. Beste Betreuung sind eigene Eltern	82,0
4. Erwerbstätige Mütter sind genauso herzlich wie nichterwerbstätige	87,0
5. Vorschulkind wird unter Berufstätigkeit leiden	48,4
6. Familienleben leidet unter Vollzeitbeschäftigung	56,7

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study

führte zu der Einschätzung, dass familienpolitische Maßnahmen die Erfüllung des Kinderwunsches erleichtern, geburtenfördernde Effekte aber weitgehend ausbleiben, da solche Maßnahmen nicht zu Geburten von Kindern über den ursprünglichen Kinderwunsch hinaus führen. Heute könnte man anhand dieser Ergebnisse der Familienpolitik diesbezüglich größere Chancen einräumen. Allerdings zeigen die demographischen Analysen zu diesem Sachverhalt, dass es bislang nicht gelungen ist, über einzelne familienpolitische Maßnahmen dauerhaft das Niveau der Geburtenhäufigkeit zu erhöhen. Es treten eher sogenannte Tempoeffekte, also das Vorziehen ohnehin geplanter Geburten ein. 47,9 % räumten eine solche Möglichkeit auch ein. 1992 waren es nur 34,8 %. Es ist also anzuzweifeln, ob die heutigen Möglichkeiten der Familienpolitik zu einer deutlichen Erhöhung der Geburtenhäufigkeit führen werden. Einen Effekt werden sie auf jeden Fall haben: Sie können zu einem kinder- und familienfreundlichen Klima in Deutschland beitragen.

In Deutschland wandelt sich allmählich die Einstellung, dass Frauen und Männer, die erwerbstätig sein möchten und ihre Kinder in Betreuungseinrichtungen unterbringen, „Rabener Eltern“ sind. Natürlich ist mit 82 % die überwiegende Mehrheit der Auffassung, dass die beste Betreuung für ein Kind die durch die Eltern ist (**Tab. 19**). Daneben finden aber Aussagen wie „Kinder aus Kindertagesstätten werden Probleme haben“ (27,3 % Zustimmung), „Vorschulkind wird unter der Berufstätigkeit der Mutter leiden“ (48,4 % Zustimmung) nur eine geringe bis mittlere Akzeptanz. Und gesehen wird auch, dass es „gut für die Entwicklung des Kindes ist, wenn sich auch andere darum kümmern“ (61,3 % Zustimmung) und dass eine „erwerbstätige Mutter genau so herzlich zu den Kindern sein kann wie eine nichterwerbstätige“ (87,0 % Zustimmung). Kritisch wird lediglich die Wirkung der Vollerwerbstätigkeit auf das Familienleben gesehen. 56,7 % Zustimmung zu der Aussage „das Familienleben leidet unter Vollzeitbeschäftigung“ zeigen dies an.

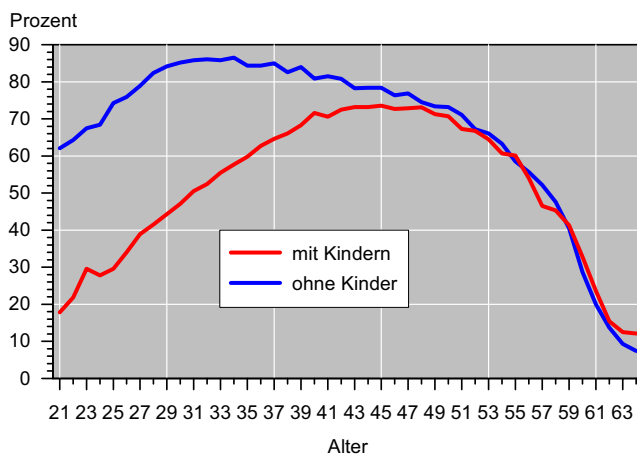


10. Das Vereinbaren von Familie und Beruf

Die Ergebnisse zeigen eindeutig, dass Frauen Familie und Erwerbstätigkeit vereinbaren wollen. Wäre die Form frei wählbar, würde sich der größte Teil für Kinder und Teilzeitarbeit entscheiden. Das Hausfrauenmodell findet dagegen kaum noch Anklang. Unterschiede bestehen zwischen West- (Teilzeitorientierung) und Ostdeutschland (Vollzeitorientierung).

Die demographische Situation - Erwerbstätigkeit und Familiengründung

Altersspezifische Erwerbsquoten von Frauen ohne Kinder und mit Kindern, Deutschland, 2003 (in %)



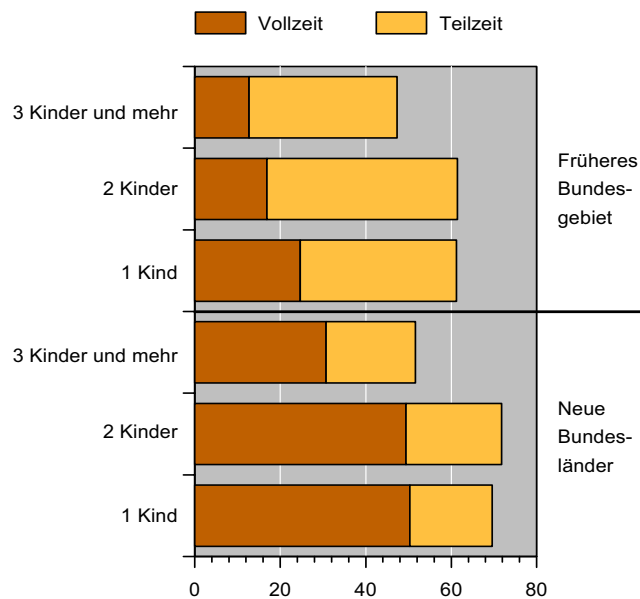
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

In Deutschland hat die Familiengründung einen merklichen Einfluss auf das Erwerbsverhalten der Frauen. Bis etwa zum 40. Lebensjahr der Frauen sind die altersspezifischen Erwerbsquoten der Frauen mit Kindern deutlich niedriger als bei den Frauen ohne Kinder. Z.B. beträgt im Alter von 28 Jahren die Erwerbsquote der Frauen mit Kindern ca. 40 % und der ohne Kinder ca. 80 %. Bei den Männern lässt sich ein solcher Unterschied nicht feststellen. Am häufigsten erwerbstätig sind Frauen ohne Kinder im Alter von 34 Jahren mit 87 %. Frauen mit Kindern erreichen die höchsten Erwerbsquoten im Alter von 45 Jahren mit 74 %.

Die Kinderzahl hat einen deutlichen Einfluss auf die Erwerbstätigkeit der Mütter. Zum einen sinken die Erwerbsquoten mit steigender Kinderzahl. Vor allem in Familien mit drei und mehr Kindern geht die Erwerbsbeteiligung deutlich zurück, während es zwischen Ein- und Zwei-Kind-Familien kaum Unterschiede gibt. Zum anderen erhöht sich der Anteil der Frauen mit einer Teilzeittätigkeit mit steigender Kinderzahl.

Große Unterschiede bestehen bei den Erwerbsquoten noch immer zwischen den Frauen in West- und Ostdeutschland. Ostdeutsche Frauen vereinbaren Familie und Erwerbstätigkeit generell häufiger und sie vereinbaren beide Bereiche auch häufiger in Form der Vollzeittätigkeit. Wenn westdeutsche Frauen vereinbaren, tun sie das überwiegend in einer Teilzeittätigkeit.

Erwerbsquoten von Frauen mit Kindern nach Zahl der Kinder und Vollzeit-/Teilzeittätigkeit, Deutschland, 2003



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus



Die Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study - Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Könnten Frauen völlig frei wählen, in welcher Form sie Privat- und Berufsleben in Einklang miteinander bringen, würden sich 44 % für Kinder und Teilzeitarbeit, 19 % für Kinder und Vollzeitarbeit und 22 % für Kinder und eine vorübergehende Unterbrechung der Erwerbstätigkeit entscheiden. Eine einseitige Präferenz für Erwerbstätigkeit haben 10 % der Frauen und für 5 % wäre es der Idealfall, ausschließlich Hausfrau und Mutter zu sein (Tab. 20).

Auch nach über einem Jahrzehnt, das seit der Wiedervereinigung vergangen ist, sind hierbei deutliche Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern festzustellen. Frauen in den neuen Bundesländern haben eine höhere Erwerbsorientierung und sind seltener bereit, diese zugunsten der Familie einzuschränken oder aufzugeben. Das in der ehemaligen DDR weit verbreitete Muster der Kombination von Vollzeitarbeit und Kindern ist für 43 % der Frauen nach wie vor der persönliche Idealfall. Im Westen dagegen sagen dies nur 13 %. Eine Vereinbarkeit in Form des 3-Phasen-Modells, also mit einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit, solange die Kinder klein sind, wünschen sich 26 % der westdeutschen und nur 9 % der ostdeutschen Frauen.

Eine klare Mehrheit der Frauen wünscht sich also eine parallele Vereinbarkeit von Familie und Beruf, d.h. sie wollen am liebsten erwerbs-

tätig sein *und* ein Kind oder mehrere Kinder haben. In den alten Bundesländern dominiert dabei das Muster Teilzeitarbeit und Kinder, während in den neuen Bundesländern eher die Kombination von Vollzeiterwerbstätigkeit und Familie bevorzugt wird. Die sequentielle Form der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, d.h. ein Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit bei der Geburt des ersten Kindes und ein Wiedereinstieg, wenn das jüngste Kind mindestens das Kindergarten- oder Schulalter erreicht hat, wird nur in Westdeutschland von einem nennenswerten Anteil der Frauen als Idealfall benannt. In Ostdeutschland ist der phasenweise Ausstieg aus der Erwerbsarbeit wenig populär. Den Beruf zugunsten der Familie vollständig aufzugeben wünscht sich nur eine kleine Minderheit von Frauen. Ausschließlich erwerbstätig zu sein und keine Kinder zu haben wird etwas häufiger bevorzugt, wobei dann meist die Vollzeiterwerbstätigkeit gewählt wird. Das primäre Motiv für Teilzeitarbeit ist also, berufliche und familiäre Anforderungen in Einklang miteinander zu bringen.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen der ersten Population Policy Acceptance Study aus dem Jahr 1992 ist nur bedingt möglich, weil sich durch die notwendige Beschränkung auf die 20- bis 39-jährigen Frauen geringe Fallzahlen ergeben. Tendenziell lässt sich sagen, dass

Tab. 20: Von Frauen bevorzugte Form des Vereinbarens von Familie und Beruf (in %)

Varianten des Vereinbarens		Insgesamt	West	Ost
1.	Vollzeitarbeit keine Kinder	8,1	8,5	6,1
2.	ein Kind	8,2	5,5	19,1
3.	zwei oder mehr Kinder	10,4	7,0	23,8
4.	Teilzeitarbeit keine Kinder	1,8	2,1	0,6
5.	ein Kind	12,4	13,1	9,7
6.	zwei oder mehr Kinder	31,9	32,3	30,5
7.	keine Berufstätigkeit, solange Kinder klein sind	22,2	25,6	8,6
8.	überhaupt keine Berufstätigkeit, wenn Kinder da sind	5,0	5,8	1,7

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study



Tab. 21: Von Frauen bevorzugte Form der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nach Alter und Schulbildung, Westdeutschland (in %)

Vereinbarkeitsformen	Alter		Schulbildung	
	20 - 39	40 - 65	ohne FHR/Abi	mit FHR/Abi
1. nur Beruf	12,1	9,3	10,2	12,2
2. parallele Vereinbarkeit	59,8	56,3	55,5	63,8
3. sequentielle Vereinbarkeit	24,0	27,1	27,1	21,4
4. nur Familie	4,2	7,2	7,2	2,6

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study

für die westdeutschen Frauen der vollständige Verzicht auf die Erwerbstätigkeit an Attraktivität verloren hat und die parallele Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sowohl in der Variante der Vollzeit- als auch der Teilzeitarbeit, stärker präferiert wird. Die Wünsche der Frauen in den neuen Bundesländern haben sich wenig verändert. Eine Annäherung hat am ehesten hinsichtlich der geringen Präferenz für die reine Hausfrauen- und Mutterrolle stattgefunden, wobei sich hier mehr der Westen auf den Osten zubewegt hat als umgekehrt. Im Wesentlichen sind aber die 1992 feststellbaren Unterschiede erhalten geblieben, so dass von einheitlichen Vorstellungen nach wie vor nicht gesprochen werden kann.

Welche Form der Vereinbarkeit von Familie und Beruf als ideal angesehen wird, variiert in Westdeutschland mit dem Alter und der Bildung (**Tab. 21**). Jüngere Frauen sind stärker am Beruf orientiert als ältere und bevorzugen daher häufiger eine parallele Form der Vereinbarkeit. Auch ihre Bereitschaft, vollständig auf Familie zu verzichten, ist höher. Noch deutlicher ausgeprägt sind die Unterschiede nach der Bildung: Frauen mit Hochschulzugangsbe-

rechtigung sehen es deutlich seltener für sich als ideal an, den Beruf zugunsten der Familie zu unterbrechen oder vollständig aufzugeben als Frauen mit Hauptschulabschluss oder Mittlerer Reife. Eine stärkere Investition in Bildung führt also erwartungsgemäß zu einer höheren Orientierung an der Erwerbsarbeit. Aber auch von den Frauen mit höherer Bildung bevorzugen in Westdeutschland nur 12 % einen vollständigen Verzicht auf Kinder zugunsten der Erwerbstätigkeit.

In Ostdeutschland finden sich kaum sozialstrukturelle Differenzierungen. Die große Mehrheit der Frauen wünscht es sich, einem Beruf nachzugehen und Kinder zu haben, unabhängig von ihrem Alter und ihrer Bildung. Auch dieser Befund weist auf ein stabiles Einstellungsmuster hin, das den sozialen und politischen Umbruch überdauert hat. Die jüngeren Frauen halten an der hohen Erwerbsorientierung fest und wollen dennoch nicht auf Kinder verzichten, und auch für Frauen mit niedrigerer Schulbildung, denen bei einer Einschränkung oder einem Verzicht auf Erwerbstätigkeit weniger Einkommen entgeht, hat die parallele Vereinbarkeit eine hohe Bedeutung.

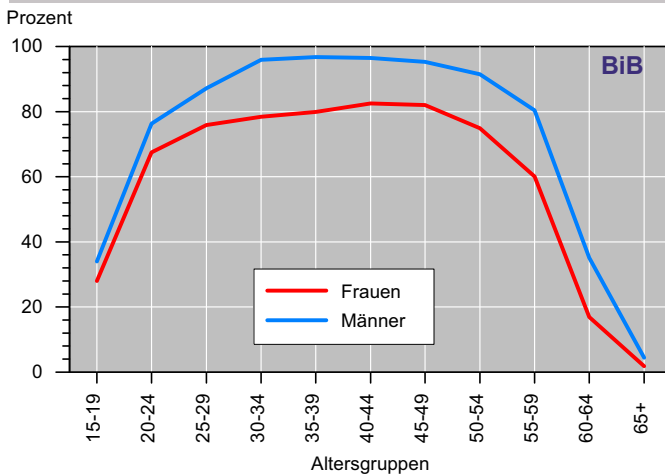


11. Geschlechterrollen

Trotz Liberalisierungstrends gibt es keine Auflösung der geschlechtsspezifischen Rollen-erwartungen. Der Wandel in den Geschlechterrollen, insbesondere die Orientierung der Frauen auf die Erwerbstätigkeit, wird begrüßt. Frauen werden nicht mehr auf die Haus-frauenrolle festgelegt, traditionelle Orientierungen sind aber immer noch vorhanden. Die Hauptverantwortung für die Kindererziehung wird den Frauen übertragen und die Erwerbs-tätigkeit sollte bei Problemen in der Familie zurückgestellt werden. Aber auch den Männern werden neue Rollen zugewiesen.

Die demographische Situation - Erwerbsquoten und Zeitaufwendungen im Haushalt

Erwerbsquoten von Frauen und Männern nach dem Alter, Deutschland, 2002 (in %)

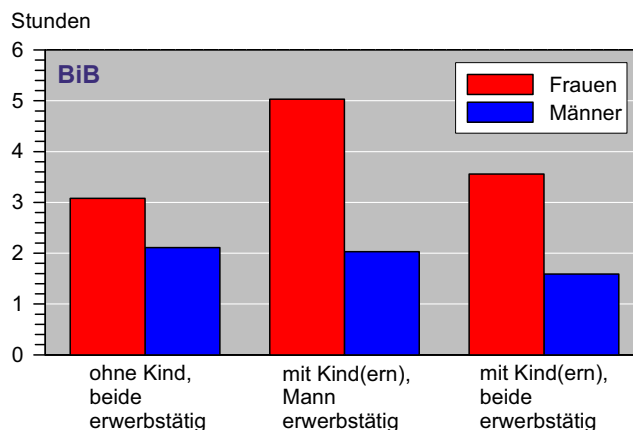


Nach wie vor gilt: Männer sind in allen Altersgruppen stärker in das Erwerbsleben eingebunden als Frauen. Bis zum 25. Lebens-jahr steigen die Erwerbsquoten der Frauen und Männer in ähn-licher Weise schnell an. Danach beginnt die Familiengründungs-phase und die Erwerbsquoten von Frauen und Männern fallen auseinander. In der Altersgrup-pe der 30- bis 34-Jährigen er-reichen Männer eine Erwerbsquote von 95,9 %. Die der Frauen be-trägt 78,4 %. Frauen erreichen ihre höchste Erwerbsbeteiligung erst nach dem 40. Lebensjahr, nämlich dann, wenn die Kinder älter und selbständiger gewor-den sind. Aber erst nach dem 55. Lebensjahr nähern sich die Erwerbsquoten wieder an.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2003

Haushaltsführung ist Frauensache. Unabhängig davon, welche Kombination der Erwerbstätigkeit besteht oder ob zum Haushalt Kinder gehören oder nicht, in jedem Fall sind es die Frauen, die pro Tag mehr Zeit für die Haushaltsführung aufwenden. Am ehesten ausgeglichen ist die Zeitaufwendung, wenn beide erwerbstätig sind und keine Kinder im Haushalt leben. Die größten Unterschiede entstehen dann, wenn nur der Mann erwerbstätig ist und Kinder da sind. Dann wendet die Frau 3 Stunden mehr Zeit für den Haushalt auf als der Mann. Dabei werden den Frauen noch immer die klassischen Tätigkeiten zugewiesen: Kochen, Abwaschen, Wäschepflege.

Zeitaufwendungen pro Tag von Frauen und Männern für die Haushaltsführung, 2001/2002 (Stunden)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Wo bleibt die Zeit?



Die Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study - Geschlechterrollen

Dem Wandel der Geschlechterrollen steht die Bevölkerung mehrheitlich positiv gegenüber. Es wird begrüßt, dass Frauen sich nicht mehr ausschließlich um Haushalt und Familie kümmern, sondern erwerbstätig sind und ihr eigenes Geld verdienen. So sind drei Viertel der Deutschen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren der Meinung, dass eine Berufstätigkeit für eine Frau die beste Möglichkeit ist, unabhängig zu sein. 86 % halten es aus finanziellen Gründen für notwendig, dass Frauen arbeiten (Tab. 22).

Die Akzeptanz der Erwerbstätigkeit von Frauen hängt allerdings davon ab, ob Kinder da sind und welches Alter diese Kinder gegebenenfalls haben. Zwar ist eine klare Mehrheit von 87 % der Meinung, dass die Beziehung einer berufstätigen Mutter zu ihrem Kind genauso gut sein kann wie die einer nicht erwerbstätigen Mutter. Aber gleichzeitig stimmt knapp die Hälfte der Deutschen der Aussage zu, dass ein Vorschul-

kind wahrscheinlich unter der Berufstätigkeit seiner Mutter leidet. Auch das Ausüben einer Vollzeiterwerbstätigkeit wird eher kritisch gesehen, wenn Familie da ist.

Traditionelle Vorstellungen von der Rolle der Geschlechter haben sich also teilweise, aber nicht vollständig aufgelöst. Frauen werden nicht mehr auf die Rolle der Hausfrau und Mutter festgelegt, aber noch immer werden an sie andere Erwartungen gestellt als an Männer. Dass sie einen Beruf ausüben und sich damit eine eigenständige Existenz sichern, wird befürwortet, hat im Zweifelsfall aber hinter familiären Aufgaben zurückzustehen. Die Hauptverantwortung für die Kindererziehung wird nach wie vor der Frau zugewiesen. Gleichzeitig erfährt das Hausfrauendasein keine allzu hohe Wertschätzung. Nur 37 % der Befragten sind der Ansicht, dass Hausfrau zu sein genauso erfüllend ist wie einem Beruf nachzugehen.

Tab. 22: Einstellung zur Rolle der Frau zwischen Beruf und Familie (überwiegende oder volle Zustimmung / in %)

Aussage	Insgesamt	West	Ost
1. Eine Berufstätigkeit ist für eine Frau die beste Möglichkeit, unabhängig zu sein	76,6	75,4	81,3
2. Die meisten Frauen müssen heutzutage arbeiten, um ihre Familie zu unterstützen	86,0	84,7	91,5
3. Eine erwerbstätige Mutter kann eine genauso herzliche und enge Beziehung zu ihren Kindern haben wie eine nicht erwerbstätige Mutter	87,0	85,0	94,6
4. Ein Vorschulkind wird wahrscheinlich unter der Berufstätigkeit seiner Mutter leiden	48,4	53,5	28,3
5. Das Familienleben leidet unter einer Vollzeiterwerbstätigkeit der Frau	56,7	62,8	32,5
6. Hausfrau zu sein ist genauso erfüllend wie erwerbstätig zu sein	37,0	40,4	23,8
7. Was die meisten Frauen wirklich wollen, ist ein Heim und Kinder	26,6	28,8	18,2

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study



Tab. 23: Einstellung zur Rolle des Mannes und zur Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern (überwiegende oder volle Zustimmung / in %)

Aussage	Insgesamt	West	Ost
1. Es ist die Aufgabe des Mannes, Geld zu verdienen, und die der Frau, sich um Heim und Familie zu kümmern	27,4	30,0	16,9
2. Sowohl der Mann als auch die Frau sollten ihren Beitrag zum Haushaltseinkommen leisten	75,1	70,9	91,7
3. Es ist nicht gut, wenn der Mann zu Hause bleibt und sich um die Kinder kümmert und die Frau arbeiten geht	29,1	28,9	30,0
4. Das Familienleben leidet häufig darunter, dass sich die Männer zu sehr auf ihre Arbeit konzentrieren	63,1	64,9	56,2
5. Für einen Mann sollte die Arbeit wichtiger sein als die Familie	7,3	7,7	5,7

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study

Zwischen West- und Ostdeutschland bestehen deutliche Unterschiede hinsichtlich der Einschätzung der Folgen der Erwerbstätigkeit von Müttern für die Kinder. Im Gegensatz zur Mehrheit der Westdeutschen sind die Ostdeutschen eher nicht der Meinung, dass es einem Vorschulkind schadet, wenn seine Mutter arbeitet. Auch glaubt nur ein Drittel der ostdeutschen Bevölkerung, dass das Familienleben unter einer Vollzeit-erwerbstätigkeit der Frau leidet. Mit 24 % auf deutlich geringere Zustimmung als im Westen stößt auch die Aussage, dass Hausfrau zu sein genauso erfüllend ist wie berufstätig zu sein. Darin kommt zum Ausdruck, dass die Rolle der Nur-Hausfrau in der ehemaligen DDR so gut wie nicht existent war und von Frauen in Ostdeutschland nach wie vor viel seltener gelebt wird als von Frauen in Westdeutschland.

Die Frauen- und besonders die Müttererwerbstätigkeit ist also im Osten noch immer deutlich stärker akzeptiert als im Westen. Hier wirken die in der ehemaligen DDR geltenden Leitbilder und Lebensrealitäten nach und die erwartete Nivellierung der Einstellungs- und Meinungsunterschiede zur Rolle der Frau ist zumindest bislang nicht eingetreten. Auch eine Rückorientierung auf traditionelle Geschlechterrollen – quasi als Gegenentwurf zur ehemals staatlich verordneten Emanzipation – hat nicht stattgefunden.

Bei einem Vergleich der Einstellungen zwischen den Geschlechtern zeigt sich, dass Männer ein etwas konventionelleres Bild von der Rolle der Frau haben. Sie schätzen die Folgen der Erwerbstätigkeit von Müttern für die Kinder etwas negativer ein und sind eher der Meinung, dass das Hausfrauendasein genauso befriedigend ist wie der Beruf. Vermutlich hat die positivere Sicht von Frauen auf den Wandel der Geschlechterrollen damit zu tun, dass sie stärker von dieser Entwicklung profitieren als Männer. Auch der Einfluss der Bildung hat die erwartete Richtung: Personen mit höherer Schulbildung haben ein stärker erwerbszentriertes Verständnis von der Rolle der Frau als solche, die über eine niedrigere Schulbildung verfügen.

Vom Wandel der Geschlechterrollen sind nicht nur Frauen betroffen. Auch an Männer werden neue Erwartungen gestellt. Ihnen wird nicht mehr die alleinige Zuständigkeit für den materiellen Unterhalt der Familie zugewiesen, sondern sie sollen auch einen Beitrag zur Hausarbeit leisten. Eine strikt geschlechtsspezifische Arbeitsteilung wird nur noch von einer Minderheit befürwortet (**Tab. 23**). Lediglich 27 % der Deutschen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren sehen es als die Aufgabe des Mannes, Geld zu verdienen, und die der Frau, sich um Heim und Familie zu kümmern. Drei Viertel hingegen



befürworten, dass beide Partner einen Beitrag zum Haushaltseinkommen leisten. Dabei zeigen sich erneut deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland: Im Westen sind traditionelle Vorstellungen von der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern weiter verbreitet. Das lange Zeit dominante Ernährer-Hausfrauen-Modell stößt hier bei 30 % der Befragten auf Zustimmung, während dies im Osten nur für 17 % zutrifft. In den neuen Bundesländern ist es zumindest auf der normativen Ebene nach wie vor selbstverständlich, dass beide Partner arbeiten. Ein Beitrag zum Haushaltseinkommen von beiden Geschlechtern wird von 92 % der Ostdeutschen erwartet. Im Westen liegt dieser Wert rund 20 Prozentpunkte niedriger.

Den beruflichen Verpflichtungen des Mannes wird keine Priorität vor den familiären eingeräumt. Vielmehr werden von einer ausgeprägten Erwerbszentrierung des Mannes mehrheitlich negative Folgen für das Familienleben erwartet.

Eine Umkehr der traditionellen Aufgabenverteilung wird von knapp einem Drittel der Bevölkerung kritisch betrachtet. Obwohl immerhin 71 % die Aussage zurückweisen, dass es schlecht ist, wenn der Mann zu Hause bleibt und sich um die Kinder kümmert, während die Frau arbeiten geht, wird dies nur selten in reales Verhalten umgesetzt. Generell besteht hinsichtlich der Geschlechterrollen eine relativ deutliche Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Zwar dominieren an Gleichberechtigung orientierte Vorstellungen, aber faktisch tragen noch immer Frauen die Hauptlast der Hausarbeit und kümmern sich um die Erziehung der Kinder. Die Rolle der Frau ist zweifellos erwerbsorientierter geworden, aber eine im Gegenzug stärkere Familienzentrierung der Rolle von Männern ist weitgehend ausgeblieben. Besonders ausgeprägt ist die Kluft zwischen Real- und Idealsituation in Ostdeutschland.

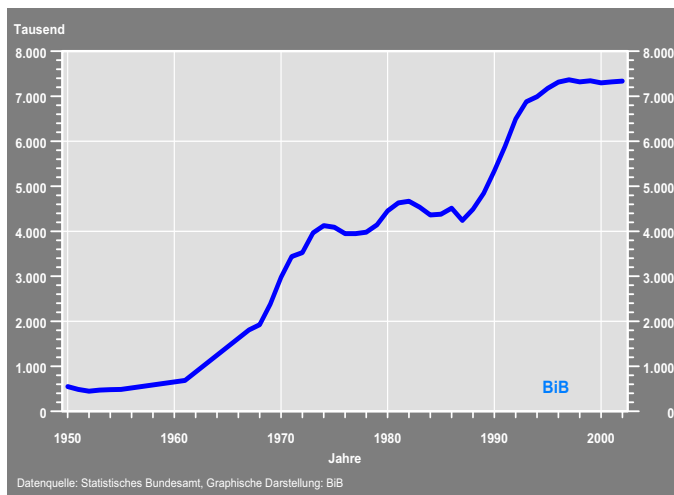


12. Ausländische Bevölkerung, Migration, Integration

Die Meinungen über Ausländer, Zuwanderung und Integration bieten ein äußerst differenziertes Bild mit einer Vielzahl an positiven und negativen Sichtweisen. „Deutschland gehört den Deutschen“ ist ein Statement, mit dem sich nur wenige Menschen identifizieren. Deutschland ist nach unseren Befragungsergebnissen nicht ausländerfeindlich. Aber es besteht in der Bevölkerung der eindeutige Wunsch nach Regelung und Begrenzung der Zuwanderung und eine ausgeprägte Forderung nach Integration. Eine kritische Sicht auf Ausländer ist in stärkerem Maße in Ostdeutschland anzutreffen.

Die demographische Situation - Ausländische Bevölkerung und Zuwanderung

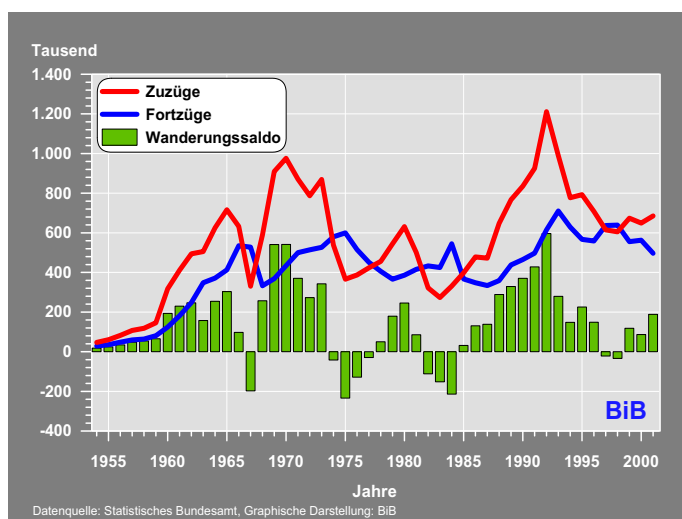
Zahl der ausländischen Bevölkerung in Deutschland, 1950 - 2002 (in Tausend)



Im Jahr 2002 lebten 7,3 Millionen Ausländer in Deutschland. Dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von 8,9 %. Nahezu 80 % der Ausländer sind europäischer Herkunft. Die größte Nationalitätengruppe wird mit 1,95 Millionen Menschen von der türkischen Bevölkerung gebildet, gefolgt von Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien und den Italienern. Insgesamt leben Menschen mit fast 200 unterschiedlichen Staatsbürgerschaften in Deutschland. 43,6 % der Ausländer sind seit weniger als 10 Jahren hier und 22,5 % sind bereits zwischen 10 und 19 Jahren ansässig. 78,6 % der Ausländer sind nicht in Deutschland zur Welt gekommen.

Die Zuwanderung nach Deutschland hat sich in mehreren Wellen vollzogen. Um 1970 kamen im Rahmen der Gastarbeiteranwerbung vor allem Zuwanderer aus Südeuropa nach Deutschland. Den Höhepunkt bildete das Jahr 1970 mit fast einer Million Zuzügen. Seit den 90er Jahren wird die Migration nach Deutschland durch neue Gruppen geprägt. Dazu gehören die deutschstämmigen Spätaussiedler aus Osteuropa, die durch Kriege ausgelösten Ströme von Flüchtlingen und Asylbewerbern und neue Formen der Arbeitsmigration. Politische Regelungen (sichere Drittländer, Flughafenregelung) haben die Zuwanderung nach Deutschland seit der Mitte der 90er Jahre wieder begrenzt.

Zu- und Abwanderungen in Deutschland, 1954 - 1990: Westdeutschland, 1991 - 2001: Deutschland (in Tausend)





Die Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study - Aussagen zum Thema „Ausländer - Migration - Integration“

In Deutschland leben etwa 7,3 Millionen Ausländer. Auf diese Zahl Bezug nehmend, haben wir gefragt, ob dies als zu viel, zu wenig oder gerade richtig angesehen wird. Danach sind 62,5 % aller Befragten der Auffassung, dass in Deutschland zu viele Ausländer leben. 2,0 % sagen, dass es zu wenige sind und 35,6 % meinen, dass es weder zu viele noch zu wenige sind. Frauen und Männer, Ältere und Jüngere denken in diesem Punkt sehr ähnlich. Die Auffassung, nach der die Anzahl der ausländischen Bevölkerung als zu hoch angesehen wird, ist in Ostdeutschland noch deutlicher auffindbar. 70,6 % der Bevölkerung sind der Auffassung, dass es zu viele sind. Dem entspricht auch die hohe Zustimmung (81,8 %) zu der Aussage, dass es eine jährliche Höchstgrenze beim Zuzug von Ausländern geben sollte (Tab. 24).

Wenn im Zusammenhang mit Ausländern an Nationalitäten gedacht wird, dann wird in erster Linie die türkische Bevölkerung wahrgenommen, die ja auch die größte Nationalitätengruppe in Deutschland bildet. Ihr Bevölkerungsanteil ist aber bei weitem nicht so hoch, wie die Assoziation Ausländer = Türke glauben machen könnte. 69,7 % haben auf die Frage, „Wenn wir von Ausländern in unserem Land sprechen, an welche Nationalität denken Sie da?“ mit Türken geantwortet. Wahrgenommen werden auch Osteuropäer (Russen: 8,4 %, Polen: 3,7 % und Russlanddeutsche: 2,0 %) sowie Italiener (3,4 %).

Die Sicht der Bevölkerung auf die Ausländer ist ambivalent. In den vorliegenden Ergebnissen ist aber keine generelle Ausländerfeindlichkeit aufgefunden worden. Die Aussage „Deutschland gehört den Deutschen, für Ausländer ist kein Platz“ fand nur zu 14,4 % Zustimmung und ist von 63,5 % abgelehnt worden (Tab. 24). Die Mehrheit der Deutschen (52,4 %) sieht die Anwesenheit von Ausländern als einen Vorteil an, weil es den Austausch mit anderen Kulturen erlaubt. Noch höher war die Zustimmung dazu, dass die eigenen Kinder im selben Klassenzimmer Unterricht haben sollten wie die Kinder von Zuwanderern (74,5 %).

Ausländer werden kaum als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt gesehen. Nur 33,7 % stimmten mit der Antwortvorgabe „Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeit weg“ überein. Allerdings ist an dieser Stelle auf die Meinungen der ostdeutschen Befragten hinzuweisen, die dazu eine gänzlich andere Meinung als die Westdeutschen vertreten (die deutsch-deutschen Unterschiede werden auf den folgenden Seiten noch ausführlicher behandelt).

Auch werden Ausländer kaum mehr als diejenigen angesehen, die die Arbeiten übernehmen, die Deutsche nicht machen wollen. Hier beträgt der Anteil der zustimmenden Antworten 32,5 %.

Dagegen wird die ausländische Bevölkerung stärker mit Kriminalität und Terror in Verbindung gebracht. Die Aussage, „die Zunahme der ausländischen Bevölkerung begünstigt die Ausbreitung von Kriminalität und Terrorismus“ fand bei 61,8 % Zustimmung. Nur ein kleiner Teil von 17,8 % stimmte an dieser Stelle nicht zu. Ebenso wird von der deutschen Bevölkerung kaum unterstützt, dass Ausländer nach fünf Jahren ein kommunales Wahlrecht haben (nur 37,8 % Zustimmung) und dass sie schnell die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten können (45,4 %).

Sehr kritisch wird illegale Einwanderung gesehen. Die Forderung, dass alle illegal Eingewanderten ausgewiesen werden sollten, fand bei 72,8 % Zustimmung. Die Befragten sind gegen eine generelle Amnestie für illegale Einwanderer (nur 16,0 % stimmten einer Generalamnestie zu) und die Forderung, Firmen, die illegale beschäftigen, sollten hohe Geldstrafen erhalten, fand mit 87,5 % ein hohes Maß an Zustimmung.

In starkem Maße wird von der ausländischen Bevölkerung Integration gefordert. 86,4 % finden, dass Ausländer, die sich länger in Deutschland aufhalten wollen, auch die Sprache, Bräuche und Regeln lernen sollten. Die Integrationsforderung zeigt sich auch in der Bewertung von Maßnahmen, die die Bundesregierung durchführen könnte. Integra-



Tab. 24: Aussagen zum Thema „Ausländer in Deutschland“ („stimme zu“ und „stimme voll und ganz zu“ / in %)

Aussage	Insgesamt	West	Ost
1. Die Anwesenheit von Ausländern ist ein Vorteil, weil sie den Austausch mit anderen Kulturen erlaubt	52,4	55,3	40,9
2. Ausländer sind wichtig, um die Arbeit zu erledigen, die Deutsche nicht mehr machen wollen	32,5	34,5	24,6
3. Die Zunahme von Ausländern begünstigt die Ausbreitung von Kriminalität und Terrorismus	61,8	59,9	69,3
4. Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeit weg	33,7	30,3	47,2
5. Deutschland gehört den Deutschen, für Ausländer ist kein Platz	14,4	12,9	20,4
6. Ausländer, die länger in unserem Land leben wollen, müssen unsere Sprache lernen und sich an die Bräuche und Regeln gewöhnen	86,4	86,2	87,2
7. Kinder von Einwanderern sollten in der Schule im selben Klassenzimmer Unterricht haben wie mein eigenes Kind	74,5	74,4	74,7
8. Es sollte eine Höchstgrenze geben, wie viele Ausländer jährlich ins Land dürfen	81,8	80,7	85,9
9. Ausländer, die mindestens fünf Jahre in unserem Land gelebt haben, sollten in Kommunalwahlen das Wahlrecht erhalten	37,8	37,7	38,4
10. Alle illegalen Einwanderer sollten aus unserem Land ausgewiesen werden	72,8	70,7	81,2
11. Ausländer, die integriert sind, sollten so schnell wie möglich die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten	45,4	45,9	43,4
12. Firmen, die illegale Einwanderer beschäftigen, sollten eine hohe Geldstrafe bekommen	87,5	86,3	92,1
13. Die Bundesregierung sollte allen illegalen Einwanderern von Zeit zu Zeit eine generelle Amnestie gewähren	16,0	16,7	13,0
14. Die Integration von Ausländern sollte gefördert werden	59,4	62,5	47,2
15. Ausländer, die mindestens fünf Jahre in unserem Land gelebt haben und sich nicht integriert haben, sollten in ihr eigenes Land zurückkehren	61,9	58,8	74,1
16. Für gut ausgebildete Ausländer sollte es erleichtert werden, in Deutschland zu arbeiten	57,8	59,5	51,1

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study

tion sollte stärker gefördert werden (59,4 % Zustimmung) und Ausländer, die sich nach fünf Jahren nicht integriert haben, sollten nach Meinung der Befragten in ihr eigenes Land zurückkehren. Eine Mehrheit an Zustimmung (57,8 %) fand sich auch für einen erleichterten Zugang gut ausgebildeter Ausländer in den Arbeitsmarkt.

In einigen wenigen Punkten denken West- und Ostdeutsche ähnlich über das Thema „Ausländer in Deutschland“. Im Trend sind in Ostdeutschland aber kritischere Haltungen gegenüber Ausländern anzutreffen. Wir gehen davon aus, dass in den neuen Bundesländern Existenzsorgen und die damit stärker gegebene Konkurrenzsituation zur ausländi-



Tab. 25: Aussagen zum Thema „Zuwanderung nach Deutschland und ihre Folgen“ („stimme zu“ und „stimme voll und ganz zu“ / in %)

Aussagen	Insgesamt	West	Ost
1. Unser Land hat die moralische Pflicht, politischen Flüchtlingen zu erlauben, sich in unserem Land niederzulassen	61,1	62,5	56,0
2. Asylsuchende, deren Antrag abgelehnt wurde, sollten unverzüglich aus dem Land ausgewiesen werden	68,0	65,1	79,3
3. Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren in unserem Land leben, sollten das Recht haben, in die Bundesregierung gewählt zu werden	15,1	15,3	14,1
4. Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren in unserem Land leben, sollten das Recht haben, an Bundestagswahlen teilzunehmen	32,2	31,7	34,2
5. Ausländische Arbeiter unterstützen mit ihren Beiträgen und Steuern das Sozialversicherungssystem	70,6	73,0	61,1
6. Die Anzahl der Ausländer, die aufgenommen werden, sollte auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes abgestimmt werden	69,9	69,6	71,3
7. Die Bundesregierung sollte in einem Einwanderungsgesetz die Anzahl der jährlichen Einwanderer festlegen, die eine Arbeitserlaubnis in Deutschland erhalten	74,3	72,8	79,8
8. Die Einwanderung muss zunehmen, weil die Deutschen weniger werden	16,9	17,8	13,6
9. Einwanderung ist unnötig, die Deutschen sollen lieber mehr Kinder bekommen	44,2	41,1	56,4
10. Deutschland sollte keine neuen Einwanderer zulassen	34,8	32,5	43,5
11. Einwanderung sollte überhaupt nicht begrenzt werden	10,6	10,8	9,9

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study

schen Bevölkerung die negativeren Haltungen speisen.

Dazu einige Beispiele (Tab. 24):

- Die Anwesenheit von Ausländern wird viel seltener als Vorteil angesehen (Zustimmung West: 55,3 %, Ost: 40,9 %).
- Ausländer werden viel häufiger als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt eingestuft (Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeit weg, Zustimmung West: 30,3 %, Ost: 47,2 %).
- Dem Ausweisen illegaler Einwanderer wird im Osten viel häufiger zugestimmt (West: 70,7 %; Ost: 81,2 %).
- Die Forderung, dass schlecht Integrierte in ihre Heimatländer zurück geschickt werden sollen, wird deutlich stärker bejaht (West: 58,8 %, Ost: 74,1 %).
- Die Förderung der Integration von Ausländern wird seltener befürwortet (West: 62,5 %; Ost: 47,2 %).



In einem weiteren Fragenkomplex ist dann das Thema „Zuwanderung und ihre Folgen“ behandelt worden (Tab. 25). Hier treten ähnliche Ambivalenzen wie schon in der vorherigen Fragestellung hervor. Dabei wird die moralische Pflicht, politische Flüchtlinge aufzunehmen, in hohem Maße anerkannt. 61,1 % der Deutschen haben hierzu ihre Zustimmung gegeben. Gleichzeitig besteht aber auch die Forderung, Asylsuchende, deren Antrag abgelehnt wurde, aus dem Land zu weisen (68,0 % Zustimmung).

Generell ist der ausgeprägte Wunsch zu erkennen, Zuwanderung zu regeln (als unsere Ergebnisse erfragt wurden, war das Zuwanderungsgesetz noch nicht verabschiedet). 74,3 % stimmen der Aussage zu, dass die Bundesregierung in einem Einwanderungsgesetz die jährliche Zahl der Einwanderer festlegt, die eine Arbeitserlaubnis erhalten sollen. Die Koppelung des Zuzugs von Ausländern an die Arbeitsmarktsituation wird von 69,9 % befürwortet. Die Antwortvorgabe „Deutschland sollte keine neuen Einwanderer zulassen“ fand keine Mehrheit, aber eine Zustimmung von 34,8 %. Strikt abgelehnt wurde, dass Einwanderung überhaupt nicht begrenzt werden sollte (10,6 % Zustimmung).

Weitgehend unerwünscht ist in der Bevölkerung, dass Ausländer politische Ämter in der Bundesregierung bekleiden (15,1 % Zustim-

mung) oder das Recht haben sollten, an der Bundestagswahl teilzunehmen. Letztere Aussage haben 32,2 % bejaht.

Außerordentlich positiv wird die Unterstützung der sozialen Sicherungssysteme durch ausländische Arbeiter eingeschätzt. 70,6 % stimmten folgender Vorgabe zu: „Ausländische Arbeiter unterstützen mit ihren Beiträgen und Steuern das Sozialversicherungssystem“.

Keine Akzeptanz findet das demographisch relevante Argument, nach dem Einwanderung zunehmen müsste, weil die Zahl der Deutschen immer weniger wird (16,9 % Zustimmung). Und eher geteilter Meinung war man darüber, dass die Deutschen wieder mehr Kinder bekommen sollten, damit Einwanderung unnötig wird (44,2 % Zustimmung).

Wieder fallen bei den Antworten die zum Teil beträchtlichen Meinungsunterschiede zwischen den West- und Ostdeutschen auf. Ostdeutsche sind für ein schnelleres Ausweisen von Asylsuchenden, deren Anträge abgelehnt wurden, sie erkennen weniger an, dass ausländische Arbeiter die sozialen Sicherungssysteme unterstützen, sie plädieren stärker für mehr Kinder haben statt Einwanderung und sie befürworten häufiger, dass Einwanderungen begrenzt bzw. überhaupt keine neuen Einwanderer zugelassen werden.



13. Demographischer Wandel: Wo wird die Regierung in der Verantwortung gesehen?

Die Befragten weisen der Bundesregierung vor allem in den Bereichen Gesundheitswesen und Jugendarbeitslosigkeit eine hohe Verantwortung zu. Hinsichtlich des Problems der Finanzierung der Renten werden als Maßnahmen die Abschaffung von Frühverrentungsprogrammen, eine stärkere Bindung der Renten an die Kinderzahl sowie eine Anhebung des Rentenalters favorisiert. Was die Zuwanderung von Ausländern betrifft, sollte der Staat vor allem Maßnahmen ergreifen, die die illegale Zuwanderung begrenzen.

Regierung und Staat haben bei der Gestaltung der Bedingungen in einer Vielzahl gesellschaftlicher Bereiche ein hohes Maß an Verantwortung. Wir haben in unserer Umfrage zur Diskussion gestellt, wie die Rolle der Regierung gesehen wird, wo man sie für verantwortlich hält und was in einzelnen Lebensbereichen von ihr erwartet wird. Dabei konnten natürlich nicht alle gesellschaftlichen Bereiche abgedeckt werden.

Zuerst haben wir nach der Rolle der Bundesregierung bei Veränderungen in der Gesellschaft gefragt, die nahezu jeden betreffen. Bei den Antworten haben sich zwei Bereiche herauskristallisiert, in denen die Bevölkerung die Regierung in besonderem Maß in der Verantwortung sieht (Tab. 26):

1. die Gesundheitsversorgung: 70,3 % sehen die Regierung bei der Gestaltung der Bedingungen für die Gesundheitsversorgung in hohem Maße in der Verantwortung.
2. Jugendarbeitslosigkeit: 68,0 % weisen der Regierung eine hohe Verantwortlichkeit im Bereich der Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Leute zu.

Im Vergleich dazu wird die Bedeutung des Staates bei der Betreuung und Hilfe für ältere Menschen bereits deutlich niedriger eingestuft. Hier wird die Rolle der Familie in starkem Maße betont. Treten einmal im Alltag älterer Menschen Probleme auf, dann sollten zunächst die Ehepartner (94,1 % Zustimmung) und dann die Kinder (81,6 % Zustimmung) diese Aufgabe übernehmen. Danach werden gemeinnützige Organisationen und private bezahlte Dienste als zuständig angesehen. Erst dann kommen nach Meinung der Befragten öffentliche Einrichtungen.

Die Rolle der Regierung hinsichtlich besserer Möglichkeiten des Vereinbarens von Familie und Erwerbstätigkeit wurde auf mittlere Rangplätze eingestuft (39,7 % bzw. 35,1 % „in hohem Maße verantwortlich“). Als kaum zuständig wird sie für die Schaffung angemessenen Wohnraums und die Gestaltung der Vereinbarkeitsbedingungen für Männer angesehen.

Nachfolgend sollen einige besondere Bereiche wie die Familienpolitik, die Finanzierung der Renten, Maßnahmen für Ältere, Regelungen zum Übergang in den Vorruhestand und Maßnahmen zur Zuwanderung und Integration von Ausländern betrachtet werden.

1. Familienpolitik

An die Familienpolitik der Bundesregierung sind hohe Erwartungen gerichtet (vgl. auch den Abschnitt zur Familienpolitik). Im Vergleich möglicher Maßnahmen sind vor allem diejenigen favorisiert worden, die das Vereinbaren von Familie und Erwerbstätigkeit erleichtern. Die höchste Zustimmung erfuhr flexible Arbeitszeiten für berufstätige Eltern mit kleinen Kindern, bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern ab drei Jahren bis zum Schulalter und bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Eltern.

2. Rentenfinanzierung

Hier wurden verschiedene Möglichkeiten zur Diskussion gestellt, wie der Staat die Finanzierung des Rentensystems sichern könnte. Drei Maßnahmen haben sich hier als besonders akzeptabel herauskristallisiert: Erstens das Abschaffen von Frühverrentungsprogrammen, zweitens die Rentenhöhe von der Kinderzahl abhängig machen, also insbesondere Kinderlosen die Renten kürzen und eine Anhebung des Rentenalters. Be-



Tab. 26: Verantwortung der Regierung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, Deutschland (Anteile der Antworten „in hohem Maße verantwortlich“ / in %)

Aussage	%
1. Eine angemessene Gesundheitsversorgung für jedermann	70,3
2. Dafür sorgen, dass junge Leute einen Arbeitsplatz finden	68,0
3. Betreuung und Hilfe für alte Menschen	42,9
4. Bessere Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von außerhäuslicher Berufstätigkeit und Kindererziehung für Frauen	39,7
5. Förderung der Berufstätigkeit von Frauen	35,1
6. Ausreichender und angemessener Wohnraum für jedermann	31,9
7. Bessere Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von außerhäuslicher Berufstätigkeit und Kindererziehung für Männer	30,5

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study

achtet werden sollte aber auch, dass 18 % der Befragten die Auffassung vertraten, dass keine der vorgegebenen Maßnahmen akzeptabel ist.

3. Maßnahmen für Ältere

Bei den Maßnahmen für Ältere haben sich die Befragten eindeutig für Verbesserungen im Gesundheitswesen ausgesprochen. Als wichtig erachtet wurden ebenfalls die Möglichkeit, im Ruhestand arbeiten zu können und Regelungen zu schaffen, die die familiäre Pflege erleichtern, gefolgt vom Ausbau der ambulanten Pflegedienste.

4. Übergang in den Vorruhestand

Vorgegeben waren drei Antwortmöglichkeiten, vom Zwang zur Beendigung der Arbeit bis zum allmählichen Übergang in den Ruhestand. Die absolute Mehrheit sprach sich für einen flexibilisierten Übergang in den Ruhestand aus. Dieser Weg würde beinhalten, dass man mit Beginn des Rentenalters je nach Gesundheitszustand die Arbeitszeit allmählich verkürzt und so in das Rentenalter hinüber gleitet. Deutlich weniger haben sich für die Variante ausgesprochen, nach der man ab einem bestimmten Alter in Rente gehen muss, Ruhestand und Arbeit aber verbinden kann. Demgegenüber fand die Vorgabe nur wenig Zustimmung, ab einem bestimmten Alter in Rente gehen zu müssen ohne die Möglichkeit der Arbeit zu haben.

5. Maßnahmen zur Zuwanderung und Integration von Ausländern

Bei den politischen Maßnahmen, die Ausländer betreffen, wurden die Maßnahmen am stärksten befürwortet, die illegale Zuwanderung begrenzen sollen. Dies umfasst, dass Firmen, die illegale Auswanderer beschäftigen, Geldstrafen bekommen, illegale Zuwanderer ausgewiesen werden sollen und eine generelle Amnestie für illegale Einwanderer abgelehnt wird. Stark zugestimmt wurde auch der Antwortvorgabe „es sollte eine Höchstgrenze geben, wie viele Ausländer jährlich ins Land dürfen“ und „Ausländer, die mindestens fünf Jahre in Deutschland gelebt und sich nicht integriert haben, sollen in ihr Heimatland zurückkehren“.

Mittlere Zustimmung fanden die Erleichterung der Zuwanderung für gut Ausgebildete, die Förderung der Integration und die Erleichterung des Familiennachzugs. Wenig Zustimmung hingegen gab für schnelle Einbürgerungen integrierter Zuwanderer, das kommunale Wahlrecht für Ausländer und eine ökonomische Unterstützung für diejenigen, die nach Hause zurückkehren wollen.

Zum Thema „Verantwortung der Regierung im demographischen Wandel“ gehört auch die Darstellung des Eindrucks der Befragten darüber, ob in bestimmten Bereichen in den letzten Jahren mehr, gleich viel oder weniger Geld



Tab. 27: Antworten auf die Frage, ob die Regierung in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen in den letzten Jahren mehr oder weniger Geld ausgegeben hat (in %)

Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren Geld ausgegeben für:	weniger	gleich viel	mehr
1. von Armut betroffene Familien	43,0	45,7	11,3
2. Familien mit kleinen Kindern	31,1	43,1	25,8
3. Probleme erwerbstätiger Mütter	41,5	47,8	10,7
4. Kinderbetreuungseinrichtungen	44,7	40,0	15,3
5. Betreuung und Hilfe für alte Menschen	38,7	50,4	11,0
6. Gesundheitswesen	63,7	25,6	10,7
7. Beschäftigung	59,2	29,0	11,8
8. Umwelt	23,5	48,9	27,6
9. Bildung	45,0	43,0	12,0

Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study

ausgegeben wurde. Dazu war die Situation in neuen gesellschaftlichen Bereichen nach den Skalenpunkten „weniger“, „gleich viel“ und „mehr“ zu bewerten (Tab. 27).

Die meisten Befragten sind der Auffassung, dass die Bundesregierung in 5 von 9 Bereichen genau so viel Geld ausgibt wie in den Jahren zuvor. Dazu gehören die Aufwendungen für von Armut betroffene Familien (45,7 % gleich viel), Familien mit kleinen Kindern (43,1 %), Probleme erwerbstätiger Mütter (47,8 %), Betreuung und Hilfe für alte Menschen (50,4) und Umwelt (48,9 %). Diejenigen, die nicht der Meinung sind, es wurde gleich viel Geld ausgegeben, denken mehrheitlich, dass weniger Geld aufgewendet wurde. Nur eine Minderheit geht von Mehraufwendungen aus. Relativ günstig wird die Situation nur für die Bereiche „Familien mit kleinen Kindern“ und „Umwelt“ gesehen.

Für die übrigen 4 Bereiche geht man von weniger Ausgaben als in den Jahren zuvor aus. 63,7 % denken, dass im Gesundheitswesen und 59,2 % dass im Bereich „Beschäftigung“

weniger Geld aufgewendet wurde. Hier widerspiegeln sich offensichtlich die öffentlich geführten Diskussionen um die Arbeitslosenentwicklung und die Situation der Krankenkassen. Auch hinsichtlich der Aufwendungen für Bildung (45,0 %) und Kinderbetreuung (44,7 %) geht der größte Anteil der Befragten von geringeren Aufwendungen aus.

Deutliche Unterschiede bestehen in der Bewertung zwischen West- und Ostdeutschen. In Ostdeutschland wird deutlich häufiger angenommen, dass die Regierung weniger Geld aufwendet als in den Jahren zuvor. So sind z.B. 72,1 % (Westen: 55,9 %) der Meinung, dass für Beschäftigung heute weniger ausgegeben wird, 71,8 % (Westen: 37,7 %) sehen dies für Ausgaben bei Kinderbetreuungseinrichtungen und 69,9 % (Westen: 62,1 %) für die Kosten im Gesundheitswesen.



14. Konzept und Methodik der deutschen Population Policy Acceptance Study

Die Population Policy Acceptance Study (PPAS) ist ein Instrument zur Erhebung von Einstellungen und Meinungen zu demographischen Entwicklungen und darauf bezogenen Politiken. Es geht um die Frage, wie der demographische Wandel in der Bevölkerung wahrgenommen und bewertet wird und auf welche Zustimmung politische Maßnahmen stoßen, die direkt oder indirekt Einfluss auf demographische Größen nehmen.

Für die deutsche PPAS wurden 4110 zufällig ausgewählte Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren befragt (Tab. 28). Die ostdeutsche Bevölkerung ist mit 2052 Personen gezielt in der Stichprobe überrepräsentiert, um bei einem Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern über eine ausreichend hohe

Fallzahl zu verfügen. Bei Auswertungen für das gesamte Bundesgebiet sind die Befragten aus den neuen Bundesländern entsprechend ihrem tatsächlichen Anteil an der Bevölkerung herabgewichtet. Zur Durchführung der Erhebung wurde vom BiB das Markt- und Meinungsforschungsinstitut EMNID beauftragt. Zwischen März und Juni 2003 waren knapp 500 Interviewer im Einsatz.

Die hier vorgestellten Ergebnisse der PPAS beanspruchen also Gültigkeit für die deutsche Wohnbevölkerung im Alter zwischen 20 und 65 Jahren. Wo nach alten und neuen Bundesländern unterschieden ist, sind die Aussagen jeweils repräsentativ für beide Teile Deutschlands.

Tab. 28: Anlage der deutschen Population Policy Acceptance Study

Grundgesamtheit ^a	in Privathaushalten lebende Personen deutscher Staatsangehörigkeit im Alter zwischen 18 und 65 Jahren
Auswahlverfahren	Zufallsstichprobe nach ADM-Design ^b
Stichprobenumfang	4110 Personen (darunter 2058 Personen aus den alten und 2052 Personen aus den neuen Bundesländern)
Erhebungsmethode	mündliche Befragung auf der Grundlage eines standardisierten Fragebogens
Befragungszeitraum	März bis Juni 2003
Erhebungsinstitut	EMNID

^a Die Grundgesamtheit definiert die Menge der Personen, für die die Aussagen der Untersuchung gelten.

^b Das Stichprobendesign des Arbeitskreises Deutscher Marktforschungsinstitute (ADM) sieht eine Auswahl in drei Stufen vor. In der ersten Stufe werden Bezirke, in der zweiten Haushalte und in der dritten die zu befragenden Personen ausgewählt. Die Auswahl erfolgt jeweils zufällig, so dass die Repräsentativität der Stichprobe garantiert ist.

Eine erste Erhebung der PPAS fand in Deutschland bereits im Jahr 1992 statt, die sich allerdings auf die Altersgruppe der 20- bis 39-Jährigen und auf die Bereiche Familie und Familienpolitik beschränkte. Ein Zeitvergleich ist so nur bedingt möglich. Außerdem sind Veränderungen nur auf der gesamtgesellschaftlichen und

nicht auf individueller Ebene nachvollziehbar, weil es sich bei den Befragten nicht um dieselben Personen, sondern um eine neue Stichprobe handelt.

Eingebettet ist die deutsche PPAS in ein international vergleichendes Projekt, das unter dem Titel DIALOG von der Europäischen Union finanziert



ell gefördert wird (Contract No. HPSE-CT-2002-00153). Neben Deutschland sind 13 weitere europäische Länder daran beteiligt, darunter auch einige ehemals sozialistische Staaten Osteuropas. Hintergrund des Projekts sind ähnliche demographische Entwicklungen, die die betreffenden Gesellschaften und Politiken vor vergleichbare Herausforderungen stellen.

Ziel des Projekts ist es, auf die mit dem demographischen Wandel verbundenen Problemlagen aufmerksam zu machen und mögliche Lö-

sungsansätze aufzuzeigen. Dazu sollen Wissenschaft, Politik und die Mitglieder der Gesellschaft in einen Dialog gebracht werden. Mit der PPAS werden die Mitglieder der Gesellschaft gehört. Sie sind die Adressaten von Politik. Ihre Einstellungen und Meinungen können helfen, Probleme und Handlungsfelder zu identifizieren und Politik angemessen zu gestalten. Ein weiterer wesentlicher Bestandteil des Projekts ist eine Expertenbefragung, über deren Ergebnisse an anderer Stelle berichtet wird.

Es ist die Bedrohung der sozialen Sicherungssysteme, die auch vom demographischen Wandel ausgeht, nicht der demographische Wandel selbst, der den Menschen Sorgen bereitet. Es wird das demographische Altern kritisch gesehen, nicht aber die Präsenz älterer Menschen in der Gesellschaft. Über die Einstellungen zu Älteren, die dank ihrer Erfahrungen für Tradition und Kontinuität stehen, können wir ein positives Bild zeichnen.

Deutschland ist definitiv nicht ausländerfeindlich eingestellt, dennoch wird der Themenkomplex „Zuwanderung und Integration“ nicht problemlos gesehen. Es gibt in der Bevölkerung eine kleine Gruppe, die eindeutig ausländerfeindlich ist.

Der Rückgang der jüngeren Bevölkerung, die steigende Scheidungshäufigkeit oder die zunehmende freiwillige Kinderlosigkeit werden mit Skepsis betrachtet.

Wir haben festgestellt, dass sich der Kinderwunsch in Deutschland verändert hat und gewünschte Kinderlosigkeit zu einem unübersehbaren Teil des Kinderwunsches geworden ist. Nicht, dass Partnerschaft und Familie nicht mehr wichtig wären. Allein die allgemeine Wertschätzung von Familie setzt sich nicht mehr uneingeschränkt in Familiengründungen um. Familie und insbesondere Ehe scheinen in unserer Gesellschaft so etwas wie ein abstrakter Wert geworden zu sein, den man mag und schätzt, dem man aber in seinem Verhalten nicht mehr unbedingt folgt. Es werden nur noch wenig mehr Kinder gewünscht als man tatsächlich hat. Die Kinderwünsche werden inzwischen auf einem sehr niedrigen Niveau fast vollständig erfüllt.

Die unterschiedlichen Einstellungen der West- und Ostdeutschen sind erhalten geblieben. Weiterhin gilt, vereint leben aber unterschiedlich denken. Ostdeutsche sehen Ausländer und Zuwanderung viel stärker als Bedrohung an, als dies in Westdeutschland der Fall ist. In den Einstellungen der Ostdeutschen ist das Vereinbaren von Familie und Erwerbstätigkeit, obwohl dieser Trend auch für die alten Bundesländer erkennbar ist, viel stärker präsent. Im Westen ist dagegen häufiger eine Orientierung auf das Verwirklichen eigener Interessen sichtbar. Ähnlich deutliche Unterschiede haben wir auch bei den Geschlechterrollen festgestellt, die im Westen viel traditioneller als im Osten gesehen werden. Einig ist man sich noch am ehesten bei den Einstellungen zu Ehe und Familie.